

Großevents und Menschenrechtsverletzungen in Brasilien

Ein Dossier über das Recht auf Wohnen, Arbeit, Information, Partizipation, Bürgerbeteiligung, Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Sicherheit

Eine Übersetzung der Zusammenfassung des Dossiers der Basiskomitees zur Fußballweltmeisterschaft 2014

November 2012

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung
Übersetzung: Christian Russau, Jürgen Stahn, Diego Curvo
Lektorat: Karen Matzke
Redaktion: Daniel Backhouse, Lateinamerika
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
Erscheinungsort: www.boell.de
Erscheinungsdatum: 30. November 2012

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz. (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- **Namensnennung** – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- **Keine kommerzielle Nutzung** - Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- **Keine Bearbeitung** - Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers: Heinrich-Böll- Stiftung, Kontakt: Backhouse@boell.de
ausführlicher Lizenzvertrag unter: <http://creativecommons.org>

Vorwort

In Brasilien war der Jubel groß, als am 30.10.2007 bekannt gegeben wurde, dass die Fußballweltmeisterschaft 2014 im eigenen Land stattfinden wird. Fußball gilt als der Nationalsport Brasiliens schlechthin und zählt seit vielen Jahrzehnten zu den wichtigsten Aushängeschildern des Landes. Als dann noch wenige Jahre später Rio de Janeiro als Austragungsort der Olympischen Spiele 2016 gewählt wurde, kannte die Euphorie endgültig keine Grenzen mehr. Nun kann sich Brasilien der Welt als Ausrichter der zwei größten Sportevents weltweit innerhalb eines Zeitraums von nur drei Jahren beweisen. Der Zuschlag zu diesen beiden Großereignissen bestätigt das wachsende Selbstbewusstsein eines Landes, das seit ca. 10 Jahren durch konstante ökonomische Wachstumsraten und zunehmender politischer Bedeutung auf sich aufmerksam macht. Damit zählt es zu den aufstrebenden Schwellenländern wie China und Indien. Jahrzehntlang hatte das Volk unter Militärdiktatur, schweren Wirtschaftskrisen und weit verbreiteter Armut sowie hohen Gewalttaten gelitten. Nun sah man die Chance, sich von einer neuen, weltoffenen und modernen Seite zeigen zu können. Beide Mega-events werden im Land als große Chance gepriesen, Brasiliens Image weiter zu verbessern, mit positiven wirtschaftlichen Auswirkungen. Zehntausende neuer Arbeitsplätze, neue Verkehrsverbindungen, Ausbau von Flughäfen, Gewinne für den Handel und neue Investitionen sollen nun Brasiliens Wirtschaft weiter ankurbeln.

Doch die anfängliche Euphorie in Brasilien hat in den letzten Jahren massiv nachgelassen. Was ist geschehen? Berichte über gigantische staatliche Investitionen in neue Stadien und Infrastruktur, die sämtliche Ausgaben aller bisherigen Fußballweltmeisterschaften bei weitem übertreffen und gewaltige Löcher in Brasiliens Haushalt reißen, Korruptionsskandale, Privatisierung öffentlicher Räume und Güter, bis hin zur Verdrängung von Anwohner/innen durch Immobilienspekulation schüren die Unzufriedenheit in der sonst so sportfanatischen Bevölkerung. Auf Verlangen des Fußballweltverbandes FIFA musste die brasilianische Regierung zudem eine Vielzahl an Gesetzesänderungen vornehmen, die die ökonomischen Rahmenbedingungen für die FIFA und deren Sponsoren massiv verbessern.

Große Teile der brasilianischen Bevölkerung merken immer deutlicher, dass die ökonomischen Vorteile dieser Großevents weniger den Interessen der eigenen Gesellschaft als vielmehr den privaten internationalen Unternehmen und den großen Sportverbänden dienen. Viel schlimmer noch: Vor allem einkommensschwache Bewohner/innen in den WM-Austragungsstädten werden zu Opfern von illegalen Zwangsräumungen, Vertreibung und polizeilichen Gewaltübergriffen. Diese Vorgehensweise verstößt in vielen Fällen gegen bestehendes brasilianisches Recht, wie im Planungs-, Flächennutzungs-, Wohn- und Baurecht. Auch der gesetzlich vorgeschriebene Wohnungsschutz der einheimischen Bevölkerung wird dabei oftmals missachtet.

Die Betroffenen setzen sich zunehmend zur Wehr und kämpfen für ihre Rechte. In lokalen, oftmals losen Gruppen formiert sich eine über das gesamte Land vernetzte Bewegung. Diese Comitês Populares konnten sich als ernstzunehmender Akteur etablieren, der sich für die Rechte von Betroffenen einsetzt und auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam macht. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt über ihr Büro in Rio de Janeiro die Arbeit der Comitês Populares. 2011 wurde die erste Auflage eines Dossiers zu Megaevents und Menschenrechtsverletzungen finanziert, das nationale wie internationale Aufmerksamkeit erregte.

Nach Menschenrechtsverletzungen und Korruption im Rahmen früherer Sportevents, wie z.B. den olympischen Spielen in Peking 2008 oder der Fußballweltmeisterschaft in Südafrika 2010, stößt das Vorgehen der brasilianischen Regierung und der FIFA weiter auf wachsende Kritik.

Auch deutsche Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft befassen sich verstärkt mit dieser Thematik. Die Heinrich-Böll-Stiftung möchte dazu beitragen, in Deutschland einen kritischen Diskurs zu Menschenrechtsverletzungen im Rahmen von Sportevents zu fördern und hat eine Zusammenfassung der 2. Auflage des Dossiers „Großevents und Menschenrechtsverletzungen in Brasilien“ ins Deutsche übersetzen lassen. Darin sind Verstöße gegen brasilianisches Recht, Menschenrechte und Missachtung brasilianischer städtischer Kultur systematisch dokumentiert. Damit soll auch in Deutschland der deutsch-brasilianische Dialog zu den Megaevents, der sich bisher überwiegend auf wirtschaftliche Kooperation beschränkt hat, für die sozialen Auswir-

kungen und Fragestellungen öffnen und dazu beitragen, dass Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft für diese Themen sensibilisiert werden.

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren in Brasilien für das aufwendige Zusammentragen von Informationen und sind zuversichtlich, dass daraus Einsichten und Anregungen für den politischen und zivilgesellschaftlichen Diskurs sowohl in Brasilien als auch in Deutschland gewonnen werden können.

Berlin, November 2012

Ingrid Spiller
Leitung Lateinamerikareferat
Heinrich-Böll-Stiftung

Daniel Backhouse
Lateinamerikareferat
Heinrich-Böll-Stiftung

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 - Einführung	6
Regierungsgarantien für eine privatwirtschaftliche Weltmeisterschaft	12
Kapitel 2 - Das Recht auf Wohnen	16
Fußball: Ein Volkssport wird zum Geschäft	26
Kapitel 3 - Die WM als Arbeitgeber?	30
Erklärung des Planungsforums der Kampagne „Städte für alle“	37
Kapitel 4 - Zugang zu Information, gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation	39
Die staatliche Entwicklungsbank BNDES und die Fußballweltmeisterschaft 2014	45
Kapitel 5 - Umweltschutz	48
Exkurs: Rio de Janeiro: Vila Autódromo: ein Stadtviertel zum Leben bestimmt	52
Kapitel 6 - Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Gütern und Mobilität	55
Kapitel 7 - Öffentliche Sicherheit	59
Mitwirkende	64

Kapitel 1 - Einführung

*„Ich fühle mich wie ein Idiot: Als Brasilien den Zuschlag für die Ausrichtung dieser verfluchten Olympischen Spiele bekam, war ich in meinem Auto auf der Schnellstraße der Linha Amarela unterwegs und habe gehupt wie ein Ir-
rer. Das habe ich jetzt davon. Das soll die Weltmeisterschaft sein? Das soll der olympische Geist sein?“ Michel, vertrieben aus dem Stadtviertel Restinga, Rio de Janeiro*

Das brasilianische Volk, gleich anderen Völkern dieser Welt, liebt und lebt den Sport. Der Fußball jedoch wird in Brasilien wohl mehr vergöttert als in jedem anderen Land der Erde. Genauso wie diesen liebt Brasilien seine Städte und empfängt Besucher mit großer Gastfreundschaft. Unsere Gäste kommen aus aller Welt und wir teilen unseren kulturellen Reichtum mit ihnen, unsere Musik, unser historisches Kulturerbe, unsere außerordentliche Artenvielfalt, unser Freud und Leid. Dramatische soziale und ökologische Ungerechtigkeiten sind unsere größten Makel, gehören aber leider noch immer zu Geschichte und Gegenwart dieses riesigen Landes.

In diesem Bericht werden die einzelnen Dossiers zur Fußballweltmeisterschaft 2014 (WM) und zu den Olympischen Spielen 2016 zusammengefasst. Während die WM in 12 brasilianischen Städten¹ ausgetragen wird, finden die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro statt. Ein solches Dossier zu Sportgroßveranstaltungen sollte im Wesentlichen vom Sport handeln, von den friedlichen kulturellen und sportlichen Beziehungen zwischen den Völkern der Erde. Es sollte von der Freude berichten, dass wir Brasilianer ausgewählt wurden, diese zwei großen Veranstaltungen ausrichten zu dürfen.

Leider geht es in diesem Bericht um anderes. Verfasst vom landesweiten Zusammenschluss der WM-Basiskomitees berichtet dieses Dossier von den Schattenseiten dieser Megaevents: von den nach konservativen Schätzungen rund 170.000 Personen, deren

¹ Manaus, Curitiba, Cuiabá, Fortaleza, Natal, Recife, Salvador, Rio de Janeiro, Belo Horizonte, Brasília, São Paulo, Porto Alegre.

Recht auf Wohnen verletzt oder bedroht wird, von den Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, deren Rechte auf Information und Teilhabe an Entscheidungsprozessen verletzt werden – sei es durch verfassungsmäßige staatliche Institutionen oder nichtstaatliche (wie dem Internationalen und dem Brasilianischen Olympischen Komitee oder den lokalen Organisationskomitees der Veranstaltungen). Solche Verletzungen der Bürgerrechte passieren auch durch große Konzerne, denen die Regierung Aufgaben der öffentlichen Hand übertragen hat. Darüber hinaus handelt dieser Bericht von der systematischen Missachtung der Gesetze, namentlich der Umweltgesetze, des Arbeitsrechts und der Verbraucherrechte.

Das Dossier berichtet auch von der Verschwendung jener öffentlicher Gelder, die eigentlich zugunsten der Bedürfnisse der brasilianischen Bevölkerung hätten eingesetzt werden sollen. So besteht ein landesweites Wohnraumdefizit von rund 5,5 Millionen Wohnungen. Darüber hinaus entsprechen rund 15 Millionen Wohnungen, vor allem in Städten, nicht den Minimalanforderungen für angemessene Wohnbedingungen – ganz zu schweigen von den Unzulänglichkeiten unseres öffentlichen Gesundheits- und Bildungssystems.

Fast noch schwerer als das Verprassen öffentlicher Gelder wiegt die schrittweise Versetzung von Städten in einen Ausnahmezustand. Eine Reihe von Maßnahmen bewirkt im Zusammenspiel die Verfestigung dieses Ausnahmezustands: Dekrete, provisorische Erlasse, Gesetzesanpassungen ebenso wie ein endloses Gewirr aus Verordnungen und Entschlüssen, die die geltenden Gesetze in ihren Grundfesten erzittern lassen und sich außer Reichweite jeglicher demokratischer Kontrolle durch die Bürger befinden. Im Zuge dieser ad-hoc-Sub-Gesetzgebung wird offen gegen die Prinzipien der Neutralität, der Universalität und Transparenz von Rechtsetzung und Verwaltungsakten verstoßen. Stattdessen wird vermehrt Privatinteressen Genüge getan, indem zulasten des öffentlichen Interesses Befreiungen und Vergünstigungen gewährt werden. In den Städten wie auch im übrigen Land agieren nationale und internationale Konzerne geradezu nach Lust und Laune bzw. entsprechend ihres Partikularinteresses. Diese Vorgehensweise der Übertragung öffentlicher Aufgaben an Konzerne wird als Public-Private-Partnership bezeichnet. Im Ergebnis jedoch bleibt oftmals die Öffentlichkeit – wenig partnerschaftlich – auf den Kosten und Risiken sitzen, während die beteiligten Unternehmen die Gewinne einfahren. Letztendlich wird

der Sport für die Veranstalter der Megaevents ein Lippenbekenntnis bleiben, in Wahrheit aber geht es ihnen um das Geschäft.

Das vorliegende Dossier bzw. dessen Zusammenfassung möchte die Aufmerksamkeit der Behörden, der brasilianischen Zivilgesellschaft und der Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland auf das wahre Gesicht dieser Veranstaltungen lenken: Die Zerstörung von Comunidades² und armen Stadtvierteln, die Umweltzerstörung und die Vertiefung der sozialen Ungleichheiten im urbanen Raum – kurz, das Elend Vieler und der Gewinn Einzelner. Das Dossier soll vor allem Bürgerbewegungen, Gewerkschaften und die gesamte Zivilgesellschaft ansprechen, ebenso wie Frauen und Männer, denen soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz am Herzen liegen. Es möchte sie dazu aufrufen, sich an den Basiskomitees³ zu WM und Olympischen Spielen zu beteiligen. An allen Austragungsorten und über diese hinaus sollen weitere Komitees entstehen. In jedem Stadtviertel, in jeder Schule, in den Universitäten und in den sozialen Bewegungen, in den Kulturgruppen und -vereinen, überall dort sind Bürgerinnen und Bürger eingeladen darüber zu diskutieren, wie die WM und die Olympischen Spiele nach ihren Vorstellungen gestaltet werden sollen.

Wir wollen diese Veranstaltungen nicht verhindern. Aber wir kämpfen darum, dass der Ball erst auf den Rasen rollen darf, wenn alle Rechtsverletzungen getilgt sind. Wir wollen, dass der Anpfiff solange ausbleibt, bis die WM- und Olympiaprojekte zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte werden und bis der Verbleib und die Sicherheit aller betroffenen Gemeinden und Stadtviertel garantiert werden. Wir fordern, dass keine Medaille vergeben wird, bis die Arbeitsgesetze vollständig eingehalten werden. Wir fordern, dass niemand verfolgt wird, nur weil er oder sie im öffentlichen Raum

² *Der Begriff Comunidades wird in diesem Text im Original beibehalten, da Übersetzungen wie „Gemeinde“, „Gemeinschaft“, „Community“ oder auch „Stadtteil-Community“ dem Sachverhalt nicht angemessen wiedergeben, Anm. d. Ü.*

³ *In vielen Städten Brasiliens haben sich diese Basiskomitees gegründet, um die Auswirkungen von Brasiliens Vorbereitungen auf die Fußballweltmeisterschaft auf soziale, wirtschaftliche, kulturelle und Umweltfragen zu untersuchen und die Vielzahl von Missständen und Ungerechtigkeiten publik zu machen, die im Zuge dieser Vorbereitung entstehen. Darüber hinaus soll die betroffene Bevölkerung in ihren Rechten gestärkt werden. Anm. d. Ü.*

arbeitet. Wir fordern, dass unzulässige Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen aufgehoben werden und der Schutz der Umwelt garantiert wird. Wir fordern, dass die Veranstaltungen erst dann beginnen, wenn die Rechte von Verbrauchern und Fans respektiert werden. Und nicht zuletzt: Die Spiele sollen erst dann beginnen dürfen, wenn die Veranstalter der WM und der Olympischen Spielen die verbindliche Zusage abgeben, dass private Kosten von den privaten Investoren selbst getragen und nicht auf die öffentlichen Kassen abgewälzt werden.

Auch davon handelt dieses Dossier: von der unbestreitbaren Legitimität der Bürgerinnen und Bürger, für ihre Rechte zu kämpfen, ohne kriminalisiert zu werden. Von ihrem Recht, Behörden zur Verantwortung zu ziehen, die ihre Befugnisse missbrauchen. Von dem Recht, Willkür und Gewalt mit den Prinzipien demokratischer Partizipation zu bekämpfen. Vom Recht, öffentliche Beamte zur Verantwortung zu ziehen und schließlich von den Menschenrechten, die in unserer Verfassung niedergeschrieben sind und in den internationalen Verträgen, die Brasilien ratifiziert hat.

Trotz der dramatischen Gegebenheiten, die das Dossier beschreibt, und trotz der Rechtsbrüche, die darin angeprangert werden, sollen das Dossier bzw. diese Zusammenfassung kein Klagegedicht sein, sondern vielmehr Einladung und Aufruf sich zur Wehr zu setzen. Weder eine WM noch Olympische Spiele rechtfertigen die Verletzung von Menschenrechten. Kein Menschenrecht darf unter dem Vorwand nationaler Interessen oder Notstände verletzt werden – wie sie vor allem in den Städten ins Feld geführt werden, die die Megaevents ausrichten. Der landesweite Zusammenschluss der Basiskomitees zur WM und Olympischen Spielen lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein, sich an dieser Anstrengung zu beteiligen, damit wir eine **FUSSBALLWELTMEISTERSCHAFT UND OLYMPISCHE SPIELE AUSRICHTEN, DIE BÜRGER- UND MENSCHENRECHTE RESPEKTIEREN!**

Stadt im Ausnahmezustand

Der moderne Totalitarismus kann in diesem Sinne definiert werden als Entfesselung eines „legalen Bürgerkrieges“ durch die Verhängung des Ausnahmezustandes. Dieser erlaubt die physische Vernichtung nicht nur des politischen Gegners, sondern auch ganzer Bevölkerungsgruppen, die, aus welchen Gründen auch immer, offenbar nicht in das herrschende politische System zu integrieren sind.

Giorgio Agamben 2004: Ausnahmezustand. São Paulo: Boitempo, S. 13

Der unter dem Namen „Olympisches Gesetz“ bekannte Rechtsakt Nr. 12.035/2009 ist die erste in einer langen Liste rechtlicher und regulatorischer Maßnahmen, welche eine Situation institutionalisieren, die nur als Verletzung der geltenden Rechtsstaatlichkeit verstanden werden kann.

Dieses Gesetz sichert unter anderem Ausnahmebedingungen und Privilegien bei der Vergabe von Einreisegenehmigungen sowie bei der Ausübung bestimmter gewerbsmäßiger Tätigkeiten für Personen, die durch das Internationale Olympische Komitee IOC akkreditiert oder Mitarbeiter von Unternehmen sind, die das IOC sponsern. Es sieht ebenso die Veräußerung öffentlichen Vermögens in Form von Grund und Boden und den Schutz von Marken, Logos und Symbolen vor, die im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen stehen. Im Übrigen wird darin die Gewährung von Exklusivrechten zur Nutzung und zum Verkauf von Werbeflächen geregelt ebenso wie das Erbringen öffentlicher Dienstleistungen, für die dem Organisationskomitee keinerlei Kosten entstehen. Darüber hinaus genehmigt das Gesetz – nach Logik einer kapitalistischen Marktordnung, aus welcher jegliches wirtschaftliche Risiko ausgeschlossen wurde – pauschal „die Vergabe von Mitteln zur Deckung eventuell anfallender operationeller Defizite des Organisationskomitees der Olympischen Spiele 2016.“

Auf nationaler, bundesstaatlicher und kommunaler Ebene schließt sich eine endlose Liste von Gesetzen, vorläufigen Maßnahmen, Verordnungen und Beschlüssen, Erlassen und Verwaltungsakten verschiedenster Art an, die letzten Endes zur Etablierung der „Stadt im Ausnahmezustand“ beitragen. Jegliche steuerliche Ausnahmeregelungen werden nicht nur den für die Planung der Spiele zuständigen Organisationen gewährt, sondern auch zahllosen „gleicheren Bürgern“, die keine Grund- und sonstige Steuern zahlen und keine Zölle entrichten müssen.

Flächenentwicklungspläne und andere öffentliche Dokumente, viele davon Ergebnis langer und fruchtbarer gesellschaftlicher Debatten, fielen in schwindelerregendem Tempo der Gier von Bauunternehmen, Immobilienspekulanten, Investoren im Hotel- und Tourismussektor und – aus naheliegenden Gründen – von Sponsoren der Großereignisse zum Opfer.

Gewissermaßen mit Handkuss werden gleichzeitig in großem Umfang Grundstücke der öffentlichen Hand in bester Lage Großunternehmen überlassen, während das Bundesgesetz 11.124/2005 unmissverständlich festlegt, dass „Grundstücke im öffentlichen Besitz vorrangig für den sozialen Wohnungsbau“ genutzt werden müssen. In eklatantem Widerspruch zur bestehenden Gesetzgebung werden Schenkungen genehmigt, Konzessionen erteilt und städtebauliche Maßnahmen gestattet, die dem Gemeinnutz bzw. sozialen Belangen in keiner Weise Rechnung tragen. In Rio de Janeiro legt die Verordnung 30.379/2009 etwa fest, dass die Stadtverwaltung „alle erforderlichen Anstrengungen unternehmen muss, um die Nutzung von kommunalen Gütern zu ermöglichen, soweit diese für die Durchführung der Olympischen Spiele in Rio im Jahr 2016 erforderlich sind – selbst wenn diese gegenwärtig noch von Dritten genutzt werden.“ Hier wird sichtbar wie die öffentliche Hand im Namen der Großereignisse eingespannt wird, um Grundstücke von ihren Bewohner/innen und deren Häusern zu „säubern“ und die frei gewordenen Flächen Grundstücksspekulanten zu überlassen.

In einem traurigen Rückgriff auf die dunklen Jahre der Militärdiktatur richtet die Regierung einen speziellen Sicherheitsapparat ein, die „Außerordentliche Sicherheitsbehörde für Großveranstaltungen“ (Verordnung Nr. 7.536/2011). Das Szenario des Ausnahmezustandes vervollständigend, sieht das „Rahmengesetz für die Fußballweltmeisterschaft“ einen neuen Katalog von Straftatbeständen und eine gesonderte Gerichtsbarkeit vor.

Für eine Gesellschaft, die noch vor weniger als 30 Jahren unter einer Diktatur litt, bedeutet die systematische Verletzung unserer rechtsstaatlichen Prinzipien und die Etablierung der „Stadt im Ausnahmezustand“ ein unannehmbares Vermächtnis.

Regierungsgarantien für eine privatwirtschaftliche Weltmeisterschaft

Das Jahr 2007 war ein zentraler Meilenstein in dieser Entwicklung. Der damalige Präsident Luiz Inácio Lula da Silva unterzeichnete in Anwesenheit von elf Ministern seines Kabinetts und des Generalstaatsanwaltes die Urkunde der Regierungsgarantien Brasiliens gegenüber dem Weltfußballverband FIFA. Dabei handelt es sich um eine Art Knebelvertrag, mit welchem sich der brasilianische Staat einseitig verpflichtet, den Auflagen des Verbandes bedingungslos Folge zu leisten – ein Akt äußerst bedenklicher politischer Unterwerfung. Diese „Garantien“ setzen in der Praxis die Forderungen von beteiligten Unternehmen, Konsortien und Finanzinstitute nach mehr Rechtssicherheit für ihre geschäftlichen Transaktionen und Investitionen um. Die eingegangenen Zugeständnisse könnten sich jedoch durch eine nachträgliche Untersuchung als ungültig herausstellen, da sie nie amtlich veröffentlicht wurden und zudem die Vorgaben aus Artikel 49 Abschnitt 1 der Verfassung Brasiliens außer Acht lassen. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, dass alle Austragungsorte durch die Unterzeichnung sogenannter „Host-City-Agreements“ ähnliche Verpflichtungen eingegangen sind.

Auf nationaler Ebene war die Ratifizierung des WM-Rahmengesetzes Lei Geral da Copa im Mai 2012 wichtigste Konsequenz dieser Verpflichtungen. Während der neunmonatigen Debatte des Gesetzentwurfes im brasilianischen Parlament erfuhr dessen ursprünglicher Wortlaut verschiedenste Änderungen, die in der Mehrzahl durch die Mobilisierung und politische Einflussnahme der brasilianischen Zivilgesellschaft zustande kam. Diese wies die Anpassung, Aussetzung und Aufhebung von sozialen und Grundrechten zurück, die einen erheblichen politischen Rückschritt bedeutet hätten. In nur vier Fällen hat Präsidentin Dilma Rousseff – nicht immer zum Besseren – von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht: unter anderem in der Frage vergünstigter Eintrittskarten sowie des besonderen Vorgehens bei der Erteilung von Visa für ausländische Besucherinnen und Besucher. Des Weiteren regelte sie die Arbeit von FIFA-Freiwilligen während der Spiele und lehnte eine Bestimmung ab, die von Kommunen und Bundesstaaten regulär gewährte Vergünstigungen während der WM außer Kraft setzen sollte. Dennoch hatte die Öffentlichkeit keine Gelegenheit, Kritikpunkte des Gesetzestextes umfassend zu diskutieren

Ebenso wenig war eine formelle Beteiligung derjenigen Bevölkerungsgruppen möglich, die vornehmlich durch die neuen Bestimmungen betroffenen waren. Auf diese Art und Weise entstand ein Gesetz voller Widersprüche, dessen verfassungswidrige Bestimmungen unter sieben Überschriften zusammengefasst werden können (siehe Grafik).

So „allgemein“ wie es der Titel "Lei Geral da Copa" verspricht, ist das WM-Rahmengesetz nicht. Erstens ist es weit davon entfernt allgemeine bzw. öffentliche Interessen zu schützen. Vielmehr liegen ihm zweitens gewerbliche Vereinbarungen zugrunde, also äußerst spezifische privatwirtschaftliche Interessen. Überdies ist es nicht das erste und wohl auch nicht das letzte Gesetz, das zu diesem Thema verabschiedet wird. Über das Rahmengesetz hinaus wurden unzählige weitere Steuerbefreiungen gewährt, wie beispielsweise in der Verordnung 7.578/2011 festgelegt. Zudem wurden Beschränkungen hinsichtlich der maximalen Verschuldung von Gemeinden für Maßnahmen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Spiele geändert (Gesetz 12.348/2010).

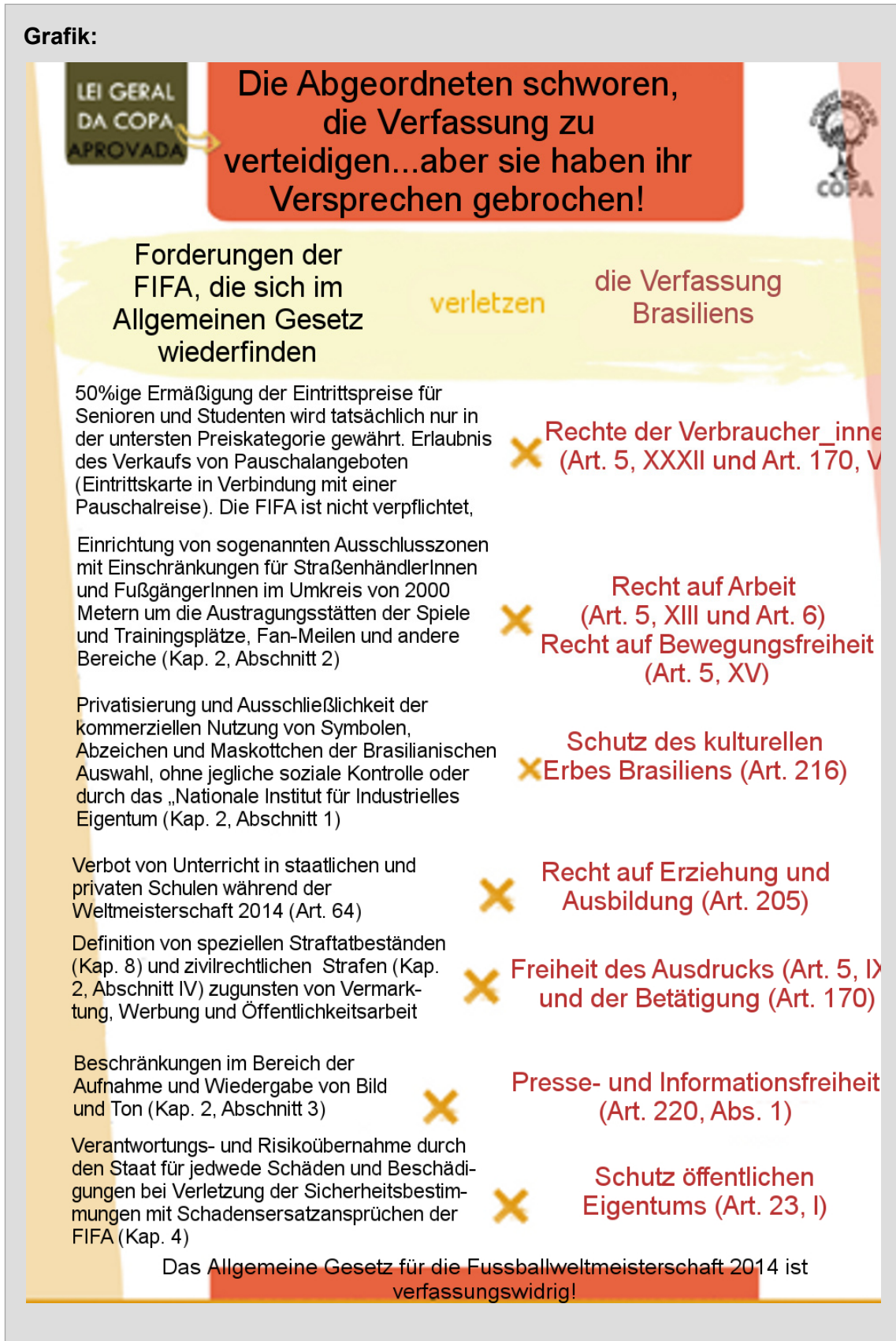
Eine ebenso wesentliche Rolle innerhalb der gesetzgeberischen Sondermaßnahmen für Großereignisse spielt das Gesetz 12.462/2011. Darin wurden Ausnahmeregelungen für öffentliche Ausschreibungen geschaffen (Regime Diferenciado de Contratações Públicas – RCD), die das öffentliche Vergaberecht geradezu umgehen und durch welche erhebliche Summen öffentlicher Mittel an den privatwirtschaftlichen Sektor vergeben werden können. Nicht von ungefähr wurden diese Bestimmungen zudem durch eine sogenannte „Einstweilige Maßnahme“ (der Regierung; d. Übers.) in Kraft gesetzt.

In naher Zukunft zeichnen sich mindestens zwei weitere Gesetzesvorhaben des Senats (Projeto de Lei do Senado, PLS) ab, die ähnliche (rechtsstaatliche, d. Übers.) Bedrohungen mit sich bringen. Die Initiative PLS 394/2009 sieht vor, dass Symbole, Wortverbindungen wie „Brasilianische Fußballnationalmannschaft“ sowie Spitznamen wie „Canarinho-Mannschaft“ („kleiner Kanarienvogel“) ausschließlich durch den Brasilianischen Fußballverband CBF genutzt werden dürfen. Vorhaben PLS 728/2011 schränkt das Streikrecht ab drei Monaten vor Beginn der WM ein, eröffnet die Möglichkeit, durch einstweilige Verfügungen Fans für bis zu 120 Tage den Zutritt zu Stadien zu untersagen und definiert eine Reihe von neuen strafbaren Handlungen, darunter den Straftatbestand des „Terrorismus“, der bis heute in Brasilien nicht existiert.

Vorgesehen sind Strafen von bis zu 30 Jahren Haft. Zudem sind Sondergerichtsbarkeiten ebenso vorgesehen wie Eilverfahren.

Wenn auch als Übergangsregelungen eingeführt, besteht doch die Gefahr, dass diese Bestimmungen endgültig in die brasilianische Gesetzgebung aufgenommen werden, nachdem sie im „Versuchslabor“ der Großereignisse getestet worden sind. Reichweite, Bedeutung und Tempo dieser Veränderungen lassen es zu, sie als Ausnahmeregelungen zu gestalten, als – nach Worten des Philosophen Giorgio Agamben – „rechtliche Ausformung dessen, was keine rechtliche Form haben darf.“

Grafik:



Kapitel 2 - Das Recht auf Wohnen

Das Recht auf Wohnen wird in den zwölf Austragungsorten der WM 2014 und der Olympischen Spiele 2016 systematisch verletzt. Schätzungen zufolge betreffen die Massenumsiedlungen für die Durchführung städtebaulicher Großprojekte für die Spiele rund 170.000 Personen. Comunidades, vormals in Gegenden abseits des Marktinteresses gelegen, haben im Laufe der Zeit enorme Wertsteigerungen erfahren. Diese Flächen sind nun zum Objekt der Begierde von Grundstücks- und Immobilienspekulanten avanciert. Im Vorfeld der Großevents sehen sich diese Viertel nun von Zwangsräumungen bedroht.

Zwangsräumungen missachten das Recht auf Wohneigentum, zu dessen Schutz Brasilien sich durch die Ratifikation internationaler Konventionen verpflichtet hat. Gleiches schreiben die Brasilianische Bundesverfassung von 1988, der Estatuto da Cidade (Bundesgesetz 10.257/2001) sowie verschiedene Landes- und Kommunalgesetze vor. In den von Zwangsräumungen bedrohten Comunidades herrschen Unsicherheit und Furcht, ausgelöst durch fehlende oder widersprüchliche Informationen, Falschmeldungen, Drohungen, irreführende Stimmungsmache sowie Gerüchte, die teils direkt aus Regierungskreisen stammen, teils durch die Medien verbreitet werden. Der politische und psychologische Druck, das Einstellen öffentlicher Dienstleistungen und die Anwendung ungesetzlichen physischen Zwanges tragen zu einer Atmosphäre der ständigen Gewalt bei.

Die im Dossier vorgestellten und hier zusammengefassten Fälle zeigen Menschenrechtsverletzungen unterschiedlicher Dimensionen auf, etwa des Rechts auf Information, des Rechts auf Partizipation und des Rechts auf Wohnen.

Desinformation und Drohungen

Es ist gang und gäbe, dass Familien über den bevorstehenden Abriss ihrer Häuser erst aus den Medien erfahren und nicht von den Behörden selbst. Wenden sich die Betroffenen dann an die Behörden, erhalten sie keine oder nur vage, bruchstückhafte Auskünfte. Was bleibt sind Ungewissheit, Informationsmangel und Zukunftsängste. Das Recht auf Wohnen wird dadurch unmittelbar verletzt.

Im Großraum von Curitiba, der Hauptstadt des Bundesstaats Paraná, sind zwischen 2.000 und 2.500 Familien von Bauarbeiten bedroht. Dazu gehören Verkehrsprojekte in acht Gemeinden ebenso wie die Erweiterung des Flughafens und die Renovierung des Stadions Joaquim Américo Guimarães (Arena da Baixada). Ein Großteil dieser Familien verfügt nur über ein geringes Einkommen. Die Pläne für diese Bauprojekte wurden der Öffentlichkeit vorenthalten und laut den zuständigen Behörden sehen die Budgets keinerlei Mittel für die Entschädigung der Bewohner/innen der Comunidades von Jardim Suissa, Vila Quissana, Nova Costeira, Costeira, Rio Pequeno und Bairro Jurema vor.

Straßenbauprojekte in Belo Horizonte, der Hauptstadt des Bundesstaates Minas Gerais, bedeuten für 2.600 Familien die Zwangsräumung, um den Ausbau einer Umgehungsstrasse der Stadt Anel Viário zu ermöglichen. Die Bewohner/innen erhielten 2010 eine Mitteilung, die sie aufforderte, ihre Häuser binnen 15 Tagen zu verlassen. Erst ein Jahr später, im Jahr 2011, wurde den Familien nach heftigem Widerstand die Aufnahme in das soziale Wohnprogramm der Bundesregierung (Minha Casa, Minha Vida) angeboten.

Die besetzte Comunidade von Dandara in der Stadt Belo Horizonte ist ebenfalls von einer Zwangsräumung bedroht, ohne dass den Bewohnern Gründe hierfür mitgeteilt wurden. Während einer öffentlichen Anhörung, die die sozialen Folgen der Fußballweltmeisterschaft 2014 thematisierte, wurde für das Gelände der Bau eines Fußballtrainingsplatzes und eines Hotels erwähnt. Eine offizielle Stellungnahme oder nähere Informationen diesbezüglich gab es nicht. Bei der Comunidade von Dandara handelt es sich um rund 4.000 Personen, die seit 2009 ein Brachgelände von 400.000 Quadratmetern am Stadtrand von Belo Horizonte besetzt halten. Auf dem Gelände lastet eine Steuerschuld in Höhe von 18 Millionen Reais (umgerechnet 6,9 Millionen Euro). Die betroffenen Familien organisieren sich und halten den wiederholten Versuchen stand, sie von dort zu vertreiben: Unter anderem kam es auf dem Gelände trotz fehlender richterlicher Genehmigung zu einem Polizeigroßeinsatz. Dabei wurden Pfefferspray-Granaten eingesetzt und Hütten durch tieffliegende Helikopter zerstört. Um Eigentumsrückgabeklagen und Räumungsbeschlüssen vorzubeugen und ihren Wohnraum zu erhalten, fordern die Bewohner/innen die Enteignung des Grundstückes.

Im Stadtviertel Lagoinha, ebenfalls in Belo Horizonte, sind die Bewohner/innen der Comunidade Campo do Pitangui, die seit 50 Jahren für die Legalisierung ihrer Siedlung kämpfen, von den Baumaßnahmen für die Fußballweltmeisterschaft bedroht. Die 300 Bewohner/innen zweier seit 1995 besetzten Hochhäuser im Stadtviertel Santa Tereza – genannt „die Zwillingstürme“ – wurden 2010 nach einem Brand in einem der Apartments daran gehindert in ihre Wohnungen zurückzukehren. Mit der Begründung, das Viertel werde für die Fußballweltmeisterschaft bauliche Verbesserungen erfahren, wurde den Bewohnern nicht einmal der Zugang zu den Wohnungen gestattet, um ihre persönlichen Habe zu sichern.

„Wegen der Fußball-WM 2014 werden sie hier in Santa Tereza ein Sportzentrum bauen, ein Shopping-Center ... Das ist einer der Gründe, warum sie die Armen an den Stadtrand verdrängen wollen.“ Ehemalige Bewohnerin der Zwillingstürme Torres Gêmeas

Das Immobilienprojekt im Viertel Granja Werneck (auch bekannt unter dem Namen Mata do Isidoro) sieht den Bau von 75.000 Wohnungen auf 10 Millionen Quadratmetern vor, das als eine Art WM-Dorf (Vila da Copa) zur Unterbringung von Delegationen, Journalisten und Touristen dienen soll. Dieses Projekt bedroht die Comunidade quilombola⁴ von Mangueiras, deren Schicksal während des Umweltlizenzierungsverfahrens komplett ignoriert worden war.

In Fortaleza, der Landeshauptstadt von Ceará, sind durch die Bauarbeiten für die Schnellstraße Via Expressa rund 3.500 Wohnhäuser zum Abriss vorgesehen. Die Arbeiten für den Bau der Straßenbahn Veículo leve sobre Trilhos VLT beanspruchen eine Gesamtfläche von weiteren 380.000 Quadratmetern. Die betroffenen Familien erhielten weder Zugang zu Informationen noch die Möglichkeit, zu den Bauprojekten angehört zu werden. Durch ihren Protest erreichten die Bewohner aber einen Bau-stopp, der so lange weiterbesteht, bis ein Alternativplan vorgelegt wird, der die Wohnrechte der Comunidade berücksichtigt. Im Stadtviertel Mucuripe, das in den Fokus von Immobilienspekulanten gerückt ist, wurden Comunidades, die dort seit mehr als 70 Jahren ansässig sind, bedroht und eingeschüchtert. Häuser wurden ohne

⁴ Quilombolas heißen die Nachfahren afrikanischer Sklaven in Brasilien.

jegliche Erklärung für den Abriss markiert, in Wohnungen wurde gewaltsam eingedrungen. Die Höhe der Entschädigungen variieren zwischen 4.000 und 10.000 Reais (umgerechnet ca. 1.500 bis 3.800 Euro). Diejenigen, die eine offizielle Besitzurkunde vorweisen können, erhalten bis zu 30.000 Reais, (rund 11.500 Euro). Vom geplanten Ausbau der Schnellbustrasse Bus Rapid Transit BRT sind rund 1.500 Familien der Comunidade von Lagamar bedroht, die dort seit den 1970er-Jahren leben.

„Bis jetzt wissen wir offiziell noch gar nichts. Einige meinen, wir müssen im kommenden Jahr hier weg, andere denken, das dauert noch. Von der Regierung ist auf jeden Fall niemand gekommen, um mir irgendetwas zu erklären.“ Bewohner des Viertels Mucuripe, Fortaleza

Weitere 15.000 Familien in Fortaleza sind im Zusammenhang mit der Fußball-Weltmeisterschaft von Zwangsräumungen bedroht: ohne ein Wort von offizieller Seite und unter dem Vorwand der Stadtentwicklung, der fortschreitenden Regulierung der Besitzverhältnisse von Grund und Boden sowie der Verbesserung der Wohnsituation. Dies betrifft Familien der Comunidades am Fluss Cocó: Boa Vista, São Sebastião, Gavião, Do Cal und TBA; der Comunidades am Fluss Maranguapinho: Bairro Bom Sucesso, Lumes, Santa Edwiges, Pedreiras, Chuí, Bairro Granja Portugal, Belém, Parque Olivândia I und II, Menino Deus, Dr. Seixas, Pirambu, Cristo Redentor und Barra do Ceará. Ein Teil der Familien soll in weit außerhalb gelegenen Wohnkomplexen neu angesiedelt werden, ein weiterer Teil wird Entschädigungen ohne die Zusage einer neuen Unterkunft erhalten.

In Rio de Janeiro ist der Großteil der Zwangsräumungen mit dem Straßenbau verbunden. Der Ausbau der Schnellbuslinien BRT Transcarioca bedroht die Bewohner/innen der Straße Domingos Lopes im Stadtteil Madureira. Als sie die Defensoria Pública⁵ aufsuchten, wurde ihnen eindringlich geraten, keinen Protest vom Zaun zu brechen – indessen fuhr die Stadtverwaltung mit der Zwangsumsiedlung der Comunidade fort. Einer Bewohnerin wurde etwa mitgeteilt, sie müsse ihre Wohnstätte ohne jegliche Entschädigung verlassen, da sie keinen Grundbucheintrag vorweisen könne.

⁵ Die Defensoria Pública ist eine Behörde, deren Aufgabe es laut bestehender Gesetzeslage ist, der Bevölkerung umfassenden Rechtsschutz zu gewähren, Pflichtverteidiger zu stellen und kostenfrei Rechtsberatung durchzuführen, Anm. d. Ü.

Eine andere Comunidade (Vila Autódromo) erfuhr von der drohenden Räumung durch eine Titelstory der Tageszeitung O Globo. In ihrer Ausgabe vom 4. Oktober 2011 kündigte die Zeitung unter der sarkastischen Schlagzeile „Jetzt im Rampenlicht: Vila Autódromo“ die Einrichtung einer Public-Private-Partnership an, deren Umsetzungsplan die Zwangsräumung der Comunidade vorsieht, um Platz für den Bau des Olympiaparks zu schaffen.⁶ Davon sind rund 500 Familien betroffen. Viele von ihnen können ein legales Nutzungsrecht für ihr Grundstück⁷ vorweisen, sind aber dessen ungeachtet von der Zwangsräumung bedroht– und dies schon seit den Panamerikanischen Spielen in Rio 2007. Mitten im städtebaulichen Erschließungsgebiet von Rio de Janeiro gelegen, leistet die dortige Comunidade mittels Grassroot-Initiativen erbitterten Widerstand (siehe Abschnitt „Rio de Janeiro, Vila Autódromo: Ein Stadtviertel zum Leben bestimmt“, S. 52).

Ein weiteres oft vorgeschobenes Argument, das der Einschüchterung der Bewohner dient, ist das geologische bzw. statische Risiko eines Hangabrutsches und die damit verbundene Einsturzgefahr von Gebäuden. In der Comunidade Pavão-Pavãozinho wurden mit dieser Begründung bereits 300 Häuser für den Abriss markiert. Die Betroffenen warten allerdings seit Juli 2011 auf offizielles Gutachten der Stadtverwaltung, das die Risiken bestätigt.⁸

Im Hafengebiet von Rio de Janeiro bedrohen die Megabauprojekte Porto Maravilha und Morar Carioca die Bewohner der Siedlung Morro da Providência. Im Jahr 2009 wurde für das Hafengebiet der Stadtumbauplan Operação Urbana Consorciada da Região do Porto beschlossen, um die Region zu „revitalisieren“. Als Rio de Janeiro

6 „A Bola da Vez: Vila Autódromo“, in: O Globo, 04.10.2011

7 Die Concessão de Direito Real de Uso (CDRU) ist ein von den Behörden auf eigene parlamentarische Initiative hin gewährtes Nutzungsrecht öffentlichen Landes, das den Bewohner/innen das Wohnrecht einräumt, die Mietzahlungen festlegt, den städtebaulichen Anschluss an die öffentliche Versorgung tätigt und den Zeitrahmen für das Nutzungsrecht festlegt, Anm. d. Ü.

8 Siehe hierzu „Bewohner von Pavão-Pavãozinho/Cantagalo berichten von zahlreichen Fällen von Polizeibrutalität der in den Comunidades eingerichteten sog. Befriedungseinheiten der Polizei UPP“: <http://www.redecontraviolencia.org/Noticias/817.html>

zum Austragungsort der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele gekürt wurde, wurde das Hafenprojekt Porto Maravilha in die Pläne für das Olympische Dorf integriert, um die Arbeiten rascher voranzutreiben. Die im Umkreis befindlichen Favelas und deren Bewohner erhielten keinerlei Zugang zu Informationen über diese Projekte. Stattdessen wurden ihre Häuser zum Abriss freigegeben. Auf dem Hügel Morro da Providência sind zusätzliche 832 Häuser für den Abriss markiert. Während der Arbeiten waren die Bewohner der Comunidade gezielten Repressalien seitens der Planungsbehörden ausgesetzt. So wurden die Häuser, von 515 Familien ohne jegliche offizielle Gutachten als „geologisches, strukturbauliches Risiko“ und als „gesundheitsgefährdend“ eingestuft. Weitere 317 Häuser wurden dagegen als „Auflockerungsgebiet“ markiert. An deren Bewohner/innen waren zuvor Techniker ohne Identifikationspapiere herantreten, die sie bedrängten, sich für einen anstehenden Abriss registrieren zu lassen.

In Porto Alegre, der Landeshauptstadt des südbrasilianischen Bundesstaats Rio Grande do Sul, leben seit mehr als fünf Jahrzehnten rund 4.000 Familien auf dem Hügel Morro Santa Tereza direkt neben dem WM-Stadion Beira Rio. Die Comunidade führte seit geraumer Zeit offizielle Verhandlungen zur Legalisierung ihrer Siedlung, als im Jahr 2011 die Landesregierung eine Verfügung erließ, in der den Familien das Wohnrecht zwar zugestanden wurde. Der Verbleib auf dem Gelände wurde darin aber nicht garantiert. Zwei Baufirmen haben nun ihr Interesse signalisiert, das Gelände für den Bau von Luxuswohnungen zu erwerben.

Weitere 36 Familien sind der täglichen Gefahr von Unfällen und Überschwemmungen ausgesetzt, die durch Bauarbeiten am Stadion drohen. Diese Familien waren erst 2007 dorthin angesiedelt worden, nachdem sie von der Landbesetzung 20 de Novembre vertrieben worden waren. (Ab 2006 hatten sie dort das Wohnrecht in einem zentral gelegenen Gebiet gefordert.) Einzig verbleibende Alternativen sind nun Sozialwohnungen.

In Recife, der Landeshauptstadt des Bundesstaates Pernambuco, wurden für die Erweiterung des Busbahnhofs Cosme e Damião 200 Häuser für den Abriss gekennzeichnet und die ansässigen Familien ohne Angabe von Beweggründen im Kataster registriert.

In Manaus, der Hauptstadt des Bundesstaates Amazonas, wird der Ausbau der Schnellbusrouten BRT insgesamt 900 Familien aus drei östlichen Stadtvierteln betreffen: São José, Tancredo Neves und Mutirão. Noch befindet sich das Projekt in der Abschlussphase der Detailplanung, da der brasilianische Bundesrechnungshof (Tribunal de Contas da União) Einspruch gegen dessen Weiterführung erhob. Die für die Bauarbeiten zuständige Gemeindeverwaltung hat auch für diese Bauarbeiten keinerlei Informationen öffentlich gemacht und das allgemeine Klima der Unsicherheit verschärft, unter dem Bewohner/innen der Comunidades leiden. Ein weiteres in der Stadt geplantes Verkehrsprojekt, die Straßenbahn VLT, wird weitere Zwangsräumungen und Abrisse von Häusern zur Folge haben. Auch hier gibt es derzeit keine öffentlich zugänglichen Daten. Das Basiskomitee zur WM und die Bundesstaatsanwaltschaft in Amazonas MPF/AM haben die entsprechenden Informationen bereits bei den Behörden angefordert und angekündigt, gerichtlich gegen den Baubeginn vorzugehen, solange das Schicksal der betroffenen Familien weiterhin ungeklärt bleibt.

Bereits erfolgte oder laufende Räumungen

„Es muss sichergestellt werden, dass der im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 anstehende Stadtbau auf geeignete Art und Weise durchgeführt wird, nämlich so, dass Vertreibungen und Zwangsräumungen verhindert werden und alle notwendigen Anstrengungen unternommen werden, dass die kommenden Spiele für die Stadtbewohner armer und marginalisierter Schichten einen nachhaltigen Nutzen bringen.“

Empfehlung des UN-Menschenrechtsrats an Brasilien im Rahmen des Universal Periodic Review (UPR) – Mai 2012

In insgesamt 21 Fällen wurden die Zwangsräumungen durch die Regierung unter Anwendung von Gewalt sowie Kriegs- und Verfolgungsstrategien durchgeführt. Ohne jegliche Erklärung wurden Häuser für den Abriss markiert; ohne gesetzliche Grundlage in Wohnungen eingedrungen. Es findet eine unzulässige Enteignung und Zerstörung von privatem Besitz statt. Akte der Einschüchterung verbunden mit massiven Drohungen, Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit und weitere Grundrechte der Bewohner, das Unterbrechen der öffentlichen Versorgung und der Hinterlass von Bauschutt in noch bewohnten Gebieten vervollständigen das trostlose Szenario.

Bewohner/innen der Stadtviertel und Favelas in Belo Horizonte, Curitiba, Fortaleza, Porto Alegre, Recife, Rio de Janeiro und São Paulo werden durch massive Neubaupro-

jekte aus ihren Häusern vertrieben, vom Staat gefördert um privatwirtschaftliche Partikularinteressen zu bedienen. Die Familien werden infolgedessen in entlegene Gebiete am Stadtrand verdrängt, weit entfernt von ihren Arbeitsstätten und losgelöst aus ihrem sozialen und kulturellen Umfeld. Dort mangelt es in der Regel an öffentlicher Infrastruktur, die medizinische und schulische Versorgung ist äußerst prekär. In anderen Fällen erhalten die Betroffenen zum Teil lächerlich geringe Entschädigungsleistungen oder für nur kurze Zeit sozialen Wohnraum.

In São Paulo wurden entlang der im Bau befindlichen Verbindungstrasse (Avenida Parque Linear Várzeas do Tietê) zwischen dem Stadion, in dem das WM-Eröffnungsspiel stattfinden soll, und dem internationalen Flughafen bereits 4.000 Familien zwangsgeräumt, weitere 6.000 Familien sind von einer Räumung bedroht. In dem daran angrenzenden Gelände Chácara Três Meninas wurden sechs Familien ohne vorherige Ankündigung gewaltsam von der Militärpolizei vertrieben: „Die Menschen schliefen, als die Polizei in ihre Häuser eindrang“, berichtet Maria Zélia Andrade vom Movimento Terra Livre.

Das Stadtentwicklungsprojekt Rio Verde-Jacu im östlichen Stadtgebiet von São Paulo ist Teil der Sanierungsvorhaben im Vorfeld der Fußball-WM 2014. Nach den Planungen soll ein Verkehrskorridor eine der größten Favelas der Stadt, Jardim São Francisco, durchqueren. Im Rahmen dieses Vorhabens werden 2.000 Bewohner/innen ohne jeglichen Wohnersatz vertrieben. Die Zwangsräumung passiert ohne gerichtliche Anordnung und wird von Mitarbeitern des städtischen Ordnungsamts für Umweltfragen sowie privaten Sicherheitsdiensten durchgeführt, darunter der berüchtigte Sicherheitsmann Evandro (siehe folgenden Kasten).

In der Vila Recanto UFMG⁹ in Belo Horizonte wurden 65 Familien zwangsvertrieben, die das Gelände seit 1990 besiedelt hatten. Als Abfindung erhielten sie kaum den Gegenwert der Baukosten ihrer Häuser. Mit diesen geringen Summen blieb ihnen lediglich, in die entlegenen Randbezirke der Stadt umzusiedeln.

9 Die Vila Recanto UFMG befindet sich in der Nähe des Stadions Mineirão und liegt gegenüber dem Gelände der Bundesuniversität von Minas Gerais UFMG, daher der Name, Anm. d.Ü.

Francisco Evandro Ferreira Figueiredo ist Angestellter der Firma BST Transportadora, die von der Stadtverwaltung von São Paulo für „das Saubermachen“ beauftragt wurde – eine übliche Bezeichnung für die Vertreibung der Bewohner/innen armer Stadtviertel an der Peripherie São Paulos. Der Sicherheitsmann, meist nur Evandro genannt, war an mindestens zwei gewalttätigen Räumungen ohne richterlichen Beschluss beteiligt. Bewohner der Favela von Sapo im Westen der Stadt berichteten, dass Evandro bewaffnet in ihrer Siedlung aufmarschierte, sich als Angestellter der Stadtverwaltung ausgab und die dort lebenden Menschen gewaltsam nötigte, ihre Häuser zu verlassen. Im Februar dieses Jahres machten Mitarbeiter der Stadtverwaltung unter seinem Kommando und unter Beteiligung der Militärpolizei sowie der Guarda Civil 17 Häuser der Comunidade dem Erdboden gleich; weder ein Gerichtsbeschluss über die Rückübertragung des Besitzes noch ein irgendwie anders geartetes Dokument legitimierte das Vorgehen.

In Fortaleza wurden 22 Familien aus der Avenida Dedé Brasil und 200 Familien aus der Comunidade Barroso vertrieben; in beiden Fällen aufgrund des Baus der Schnellbuslinien BRT. Auch diese Familien erhielten nur minimale Entschädigungen. In Poço da Draga wurde eine seit mehr als 100 Jahren bestehende Siedlung am Strand von Iracema vertrieben, obwohl das Gebiet im Stadtentwicklungsplan als sozial besonders schutzwürdig ausgewiesen ist.

Die Bewohner von Guaíba, das am Ufer der gleichnamigen Bucht und in direkter Nachbarschaft zum Stadion Beira-Rio in Porto Alegre liegt, wurden in Randgebiete der Stadt zwangsumgesiedelt, die bis zu dreißig Kilometer von ihrem ursprünglichen Wohnort entfernt sind.

Der Ausbau des Flughafens von Porto Alegre zieht 1.470 Familien des Stadtviertels Vila Dique in Mitleidenschaft. Dessen Bewohner/innen wurden für das öffentliche Wohnbauprogramm des Bundes zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums PAC registriert. Obwohl weniger als die Hälfte der neuen Wohneinheiten fertig gestellt waren und ein Teil des zur Wiederansiedlung vorgesehenen Geländes starken Erdbebenrisiken ausgesetzt ist, wurde mit der Umsiedlung der Comunidade begonnen, um den Start der Bauarbeiten vorzuziehen. Die betroffenen Familien sahen sich gezwungen für die neuen Unterkünfte Kredite aufzunehmen. Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur in den neuen Siedlungen sind völlig unzureichend. Einige der Familien wurden vorüber-

gehend in weit abgelegene Ausweichquartiere gebracht. Jene, die noch geblieben sind, müssen den Verlust der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Müllabfuhr, Strom und Zugang zu Trinkwasser in Kauf nehmen, ein klarer Verstoß gegen das Gesetz.

In Rio de Janeiro wurden die 700 Familien der Comunidade Metrô Mangueira, die seit mehr als vier Jahrzehnten dort ansässig sind, Opfer schwerwiegender Gesetzesverstöße. Jeder Familie wurden unterschiedliche Beschlüsse zugestellt, mit dem klaren Ziel, die Comunidade zu spalten: Ein Teil der Familien erhielt eine offizielle Benachrichtigung über eine „Frist von null Tagen“ bis zur Räumung ihrer Unterkünfte. Anderen Familien wurde Wohnraum in der Umgebung angeboten, wiederum andere sollten in 50 Kilometer entfernte Areale umgesiedelt werden. Die geräumten Häuser wurden abgerissen – zurück blieben Trümmer, Unrat und Ansammlungen von Sickerwasser. Wer sich zu gehen weigerte, lief Gefahr zu erkranken und erfuhr massive Drohungen. Die Region Recreio dos Bandeirantes ist gegenwärtig die wohl am stärksten umkämpfte Gegend der Stadtentwicklung in Rio de Janeiro. Von dort bis nach Barra da Tijuca¹⁰ werden enorme öffentliche Investitionen in die Infrastruktur getätigt. Aus dem Gebiet wurden bereits die Comunidades von Restinga, Vila Harmonia und Vila Recreio II vertrieben, zusammen rund 500 Familien, die für dem Bau des Transportkorridors der Schnellbuslinien BRT Transoeste weichen mussten. Für die Schnellbuslinien BRT Transcarioca und Transolímpica sind weitere umfangreiche Räumungen vorgesehen. Die Bauprojekte werden abgewickelt ohne alternative Routen in Betracht zu ziehen. Ebenso wenig ist eine öffentliche Diskussion der Bauvorhaben möglich: Die Zwangsräumungen werden als unumgängliche Kollateralschäden dargestellt. In Wahrheit findet hier eine „soziale Säuberung“ der für den Immobilienmarkt äußerst wertvollen Viertel statt.

Auch die Bewohner/innen von Estradinha im Stadtviertel Botafogo in Rio de Janeiro wurden unter Berufung auf angebliche geologische Risiken unter massiven Druck gesetzt. Das Gelände war in den 1950er Jahren besetzt und von der Stadtverwaltung selbst als Wohngebiet anerkannt worden, indem dort u. a. Hangbefestigungen errichtet

10 Recreio dos Bandeirantes liegt am südwestlichen Rand von Rio de Janeiro und bildet zusammen mit Barra da Tijuca den längsten Sandstrand des Stadtgebiets von Rio de Janeiro, Anm.d.Ü.

und die Anbindung an öffentliche Dienstleistungen vorangetrieben wurde. 2009 wurden dann anderslautende Gutachten vorgelegt – und die Bewohner/innen genötigt die Siedlung zu verlassen. Die Häuser der wenigen Familien, die den Aufforderungen Folge leisteten, wurden abgerissen, was zu einer Situation vergleichbar mit jener in Metrô Mangueira führte. Trotz richterlicher Anordnung weigert sich die Stadtverwaltung bis heute, den Trümmerschutt abzutransportieren. Die Anwohner/innen leben zwischen Bergen von Unrat, Schutt und unter prekären hygienischen Umständen.

In vielen Fällen haben die im Zuge der „sozialen Säuberung“ schon fast üblichen Repressalien durch die Vorbereitung der Großveranstaltungen neue, beängstigende Ausmaße angenommen. Durch die vorgestellten Bauprojekte, die im Eiltempo vorangetrieben werden, wurden neue Konfliktherde geschaffen, während die Rechte unzähliger Betroffener mit Füßen getreten werden.

Fußball: Ein Volkssport wird zum Geschäft

Die Debatten über die Auswirkungen der Fußballweltmeisterschaft finden vor allem außerhalb des Spielfeldes statt. Bei der Bewertung der negativen Konsequenzen, die durch die Durchführung des Events auftreten, neigen wir dazu, die Auswirkungen auf das eigentlich im Vordergrund stehende Geschehen zu vernachlässigen: nämlich jene auf den Fußball selbst.

Dabei dürfen die kulturellen Folgen der Stadionumbauten nicht unterschätzt werden – sie sind unabsehbar und können sich als irreparabel herausstellen. Die Kultur, die Bräuche, die Kreativität und die Ausdrucksformen der brasilianischen Fankultur im Fußball werden massiv beeinflusst. Dieser Sport – Objekt nationaler Begeisterung und das Symbol für die Teilhabe jedes Einzelnen – läuft Gefahr, bis zum Jahr 2014 auf ein profitables Geschäft für seine „Besitzer“ reduziert zu werden und seine Fans zu reinen „Konsumenten“ einer Dienstleistung Fußball herabzumindern.

Schon als 1950 zum ersten Mal eine Fußballweltmeisterschaft in Brasilien abgehalten wurde, waren die Brasilianerinnen und Brasilianer völlig fußballverrückt.

Eigens für dieses Sportereignis wurde das Maracanã-Stadion mit einem Fassungsvermögen von 155.000 Fans gebaut und war seinerzeit eines der größten Bauwerke des Landes. Die „weltgrößte“ Arena legte die verschiedenen Tribünenbereiche nach Vorbild anderer führender Stadien fest: Stehplätze, Tribünenplätze, nummerierte Sitzplätze, Logenplätze und Ehrentribüne, letztere reserviert für politische Würdenträger und Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur. Einerseits bildete diese Aufteilung die wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit im Lande ab, andererseits aber ermöglichten die unterschiedlichen Bereiche, dass Fans aller Schichten dem einmaligen Ereignis beiwohnen konnten. Den Ticketzahlen zufolge sahen 1950 rund 203.000 Brasilianerinnen und Brasilianer live im Stadion, wie ihre Nationalmannschaft in einem legendären Endspiel von Uruguay bezwungen wurde. Rechnerisch saßen und standen damals also 8,5 Prozent der gesamten Bevölkerung von Rio de Janeiro auf den Rängen von Maracanã.

Der größte Bereich der Tribünen, es lohnt sich dies zu vergegenwärtigen, war Bevölkerungsschichten geringen oder mittleren Einkommens gewidmet: Während 93.500 Plätze auf den einfachen Tribünen und 30.000 für Stehplätze reserviert waren, wurden nur 1.500 Eintrittskarten an diejenigen verkauft, die sich den Luxus eines Logenplatzes leisten konnten. Zusammengerechnet entfielen 80 Prozent der Zuschauerkapazität auf die einfachen Tribünen und Stehplätze.

Im Laufe der Jahrzehnte wurden Stadien wie das Maracanã und viele andere in ganz Brasilien zu Kultstätten, die es vermochten, alle sozialen Schichten an einem Ort zusammenzubringen. Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel, und Urenkel frönten der gemeinsamen Leidenschaft Fußball, feierten gemeinsam Triumphe und durchlitten Niederlagen, begleitet von Jubel und Musik. Und mehr noch: Der Fußball ermöglichte es die kulturellen Eigenheiten jeder Region und jeder Stadt auszudrücken, kulturelle Identitäten, die uns zu Brasilianern machen und zu Trägern unserer lokalen Bräuche und Wesensarten.

Elitisierung, Privatisierung und „Europäisierung“ des Fußballs

Ab den 1990er-Jahren setzte im Namen von „Ordnung“, „Entwicklung“ und unter dem Argument der Anpassung brasilianischer Stadien an europäische Standards von „Sicherheit“, „Komfort“ und „Konsumdenken“ eine Entwicklung der Elitisierung und Privatisierung des Fußballs ein, vorangetrieben von Fußballklubs, Vereinen, dem Brasilianischen Fußballverband CBF und der FIFA, Hand in Hand mit den Sponsoren, Medienkonzernen und mit Unterstützung der Regierungen.

Am Ende jenes Jahrzehnts stiegen die Eintrittspreise der Stadien in deutlich höherem Maße als die Inflationsrate. Der Eintritt zu einem Match ist für die arbeitende Bevölkerung der Unter- und unteren Mittelschicht heutzutage unerschwinglich. Gleichzeitig wurde die Kapazität der größten Stadien infolge millionenschwerer Umbauten reduziert. Während früher 100.000 Fans gefahrlos die Spiele im Maracanã- oder im Mineirão-Stadion verfolgten, ist deren Fassungsvermögen heutzutage praktisch halbiert. Mehr und mehr Menschen, vor allem aus der einfachen Bevölkerung, bleiben vom Erlebnis Live-Fußball vollständig ausgeschlossen.

Die Vorbereitungen der Fußballweltmeisterschaft 2014 haben ihren Organisatoren Gelegenheit gegeben, den Prozess der Elitisierung zu beschleunigen und zu verschärfen. Die von der FIFA erhobenen Forderungen in Verbindung mit der Gewinnsucht und dem politischen sowie wirtschaftlichen Einfluss der Großunternehmen haben schließlich zur kompletten Umgestaltung der großen Stadien geführt. Die „Bühnen“ dieser Spiele werden alle aus einer europäischen Perspektive heraus entworfen, sowohl hinsichtlich der Beteiligung am Spiel als auch hinsichtlich des Verhaltens der Fans. Diese der Marktlogik unterworfenen Herangehensweise macht aus den alten Fußball-„Tempeln“ Multifunktionsarenen mit VIP-Logen, gepolsterten Sitzen und Sponsoring durch weltweit bekannte Marken und Großkonzerne. Das Motiv dafür ist offensichtlich: Die Stadien werden nicht nur für die Baufirmen sondern auch für die künftigen Betreiber der Sportstätten enorme Gewinne abwerfen. Und als wäre das nicht genug, wird im Rahmen der Umbauten des Maracanã-Stadions das Célio de Barros-Leichtathletikstadion abgerissen, um Platz für ein Parkhaus zu schaffen. Schöne Art, den olympischen Geist zu fördern, oder etwa nicht?

Und noch in einem weiteren Fall ist das Maracanã-Stadion allegorisch. Zwischen 1999 und 2006 hat die Regierung Rio de Janeiros rund 400 Millionen Reais (umgerechnet 153 Millionen Euro) für die Umbauten des Stadions ausgegeben, um es an den „FIFA-Standard“ anzupassen und für die Fußballweltmeisterschaft 2014 fit zu machen. Mitte 2010 wurde das Maracanã erneut wegen „Umbauarbeiten“ geschlossen. Was tatsächlich geschah, war die komplette Entkernung des Stadions, lediglich die Außenwände blieben stehen, da diese vom Institut für das Historische und Künstlerische Nationalerbe (Iphan) unter Schutz gestellt worden waren. Die Wiederaufbaukosten werden auf eine Milliarde Reais (umgerechnet 383 Millionen Euro) geschätzt, sehr wahrscheinlich werden die tatsächlichen Kosten aber noch darüber liegen. Nicht genug, dass das alte Maraca (umgangssprachlich für Maracanã) zerstört wurde – dort, wo so viele gemeinsam lachten und weinten, und nicht genug, dass die in den vorherigen Renovierungen ausgegebenen öffentlichen Mittel zum Fenster hinaus geworfen wurden. Nun hat die Regierung angekündigt, dass das „Neue Maracanã“ einem Privatinvestor überlassen wird, der – ohne je einen Centavo investiert zu haben – die Gewinne einstreichen und sie nach Belieben nutzen kann.

Ohne die Stehplätze, die kurzerhand abgeschafft wurden, stirbt auch der ausgelassene Volksfestcharakter der Sportveranstaltungen, der die Stadien in der Vergangenheit durchwehte. Die einfachen Tribünen, die dem Ideenreichtum der Fanclubs Raum gaben, werden nun zu Blöcken durchnummerierter Sitzreihen mit reservierten Plätzen. Dort wird es von nun an verboten sein, das Spiel stehend zu verfolgen. Kreative und humorvolle Fanaktionen, die nur durch die freie Beweglichkeit innerhalb des Stadions möglich waren, werden endgültig zunichte gemacht. Keine einstudierten Choreographien mehr, kein Fahnenschwenken, keine Banner, die ganze Fanblöcke bedecken, keine die Musikbands und keine Trommelgruppen.

Traurige Folge dieser Entwicklungen, die in ähnlicher Form in allen WM-Stadien zu beobachten sind, ist nicht nur der Ausschluss des einfachen Volkes von den Spielorten, sondern auch die gewaltsame Unterdrückung einer der reichsten und authentischsten Ausdrucksformen brasilianischer Kultur.

Kapitel 3 - Die WM als Arbeitgeber?

Auch wenn es stimmt, dass Großevents wie die Fußballweltmeisterschaft oder die Olympischen Spiele Gelegenheit zur sozialen Inklusion der Arbeiter, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ausweitung der entsprechenden Rechte bieten können, so spricht die Realität in Brasilien eine andere Sprache. Die für die Großprojekte – Stadien und Schnellstraßen – eingestellten und bei Drittfirmen angestellten Arbeiter, die Tagelöhner und die informellen Arbeiter, die an der Ausübung ihrer Wirtschaftstätigkeit gehindert werden – bei all jenen ist ein wachsender Grad der Prekarisierung festzustellen. Diese wird – unter Abwesenheit der Aufsichtsbehörden – von den beauftragten Firmen und Konsortien und vom Staat selbst befeuert.

Trotz der Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, trotz des in der brasilianischen Rechtsordnung garantierten Rechts auf Arbeit sowie des Arbeitsrechts (in der Verfassung von 1988 und der konsolidierten Fassung der Arbeitsgesetzgebung CLT), trotz all dieser Bestimmungen häufen und verschärfen sich die Fälle schwerer Rechtsverletzungen, die im Namen der Fußballweltmeisterschaft und der Olympischen Spiele begangen werden. Dies geht bis hin zur Verfolgung von Gewerkschaftsführern und der Missachtung der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit, des Streikrechts und der Versammlungsfreiheit.

Arbeitsrecht: Die Arbeitsbedingungen bei den WM-Bauprojekten

Alle Ausrichtungsorte der Fußballweltmeisterschaft 2014 verfügen über Stadien mit Fassungsvermögen von über 35.000 Personen. Trotzdem werden praktisch alle Spielstätten komplett neu gebaut. Diese enorme Nachfrage nach Baumaßnahmen besteht aufgrund der von der FIFA festgelegten Fristen und des immensen Drucks, diese einzuhalten. Dies schließt die von den Medien zirkulierte Warnung vor einem Scheitern und die Drohung ein, die Weltmeisterschaft in ein anderes Land zu verlegen.

„Die Behauptung, die Stadien würden nicht rechtzeitig fertig, ist absurd. In Südafrika wurden einige der Stadien lediglich vier Monate vor Beginn der Spiele fertiggestellt. All dieses Gezeter der FIFA über die Fertigstellung der Infrastruktur dient in Wahrheit dazu, den Druck auf die Ausrichter zu erhöhen. Die FIFA, kann die von ihr gewünsch-

ten Änderungen durchzusetzen wie und wann es ihr beliebt sagte Eddie Cottle¹¹ in einem Interview mit der Zeitung Le Monde Diplomatique Brasil.

In Brasilien begünstigt dieser Druck die beauftragten großen Baufirmen: in der Form von Gesetzesübertretungen, zusätzlichen öffentlichen Mitteln, die bereitgestellt werden und der Verletzung der Rechte von Arbeiterinnen und Arbeiter. Es sind diese jeweils mindestens zur Hälfte öffentlich finanzierten Großbaumaßnahmen, bei denen sich die schlechtesten Arbeitsbedingungen und die bedenklichste Ausbeutung der Arbeiter finden. Bis April 2012 gab es 18 durch Streiks ausgelöste Baustopps in 8 der 12 WM-Stadien – unter anderem in Belo Horizonte, Brasília, Cuiabá, Fortaleza, Recife und Rio de Janeiro – sowie eine Streikdrohung in Salvador.

Bei allen Arbeitsniederlegungen beinhalteten die Forderungen zumindest einen der folgenden Aspekte: Lohnerhöhung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen (vor allem in Bezug auf Arbeitsschutz, Gesundheit und Verpflegung), erhöhte Zuschläge für Überstunden, die Abschaffung von Mehrfachstätigkeiten und unmenschlich verlängerter Arbeitszeiten sowie die Bewilligung diverser Unterstützungsleistungen, beispielsweise betriebliche Krankenversicherungen, Verpflegungszuschüsse und die Gewährleistung des Transports der Arbeiter zu den Baustellen.

Wiederholte Beschwerden über unterdurchschnittliche Löhne sind vor allem bei Bauprojekten die Regel, die über üppige Budgets verfügen, die zudem meist kaum kontrolliert werden.

In Pernambuco, Rio de Janeiro und im Bundesdistrikt von Brasília schalten die Baufirmen im Versuch die Aktivitäten der Gewerkschaften zu kriminalisieren, sogar die Justiz ein. In Brasília und Pernambuco wurden willkürliche und ungesetzliche Kündigungen ausgesprochen, die im Zusammenhang mit streikenden Gewerkschaftsmitgliedern standen. In Pernambuco warfen Arbeiterinnen und Arbeiter der Polizei zudem das gewaltsame Vorgehen bei dem Versuch vor, die gewerkschaftliche Mobilisierungsar-

¹¹ Eddie Cottle, Gewerkschafter und Koordinator der Kampagne „Fair Games – Fair Play: Decent Work towards and beyond 2010“ zur Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika, Anm. d. Ü.

beit zu unterdrücken. In Manaus untersucht das Arbeitsministerium derzeit die Mobbing-Vorwürfe von 500 Bauarbeitern des Stadions von Manaus.

In diesem Zusammenhang erklärte der damalige Bundessportminister, Orlando Silva, die Streiks würden die Bauarbeiten nicht verzögern und er zähle auf den „Patriotismus der Arbeiter“.

Im November 2011 vereinbarten der Internationale Gewerkschaftsbund der Bau- und Holzarbeiter (BHI) und Vertreterinnen und Vertreter der fünf größten brasilianischen Gewerkschaften (CUT, Força Sindical, CGBT, UGT und Nova Central) Richtlinien zur Verabschiedung eines gemeinsamen und landesweit gültigen Abkommens für WM-Bauprojekte und die Olympischen Spiele. Die Richtlinie wurde der Staatspräsidentin, dem Bundesarbeitsministerium, dem brasilianischen Bundesverband der Industrie CNI sowie den Arbeitgebervertretungen vorgelegt.

TABELLE: Streiks in den WM-Stadien [Stand 13.4.2012, Anm.d.Ü.]

Stadion	Bundesstaat	Streiktage	Verantwortliche Baufirma
Arena Amazonas	Amazonas	1	Andrade Gutierrez
Arena das Dunas	Rio Grande do Norte	13	OAS
Arena Fonte Nova	Bahia	4	Odebrecht und OAS
Arena Pernambuco	Pernambuco	17	Odebrecht
Castelão	Ceará	13	Konsortium aus Galvão, Serveng und BWA
Estádio Nacional	Bundesdistrikt Brasília	10	Andrade Gutierrez und Via Engenharia
Maracanã	Rio de Janeiro	24	Odebrecht, Andrade Gutierrez und Delta
Mineirão	Minas Gerais	10	Construcap, Egesa und Hap
Gesamt		92	

Bauunternehmen und die Finanzierung von Wahlkampfkampagnen

Odebrecht, Camargo Corrêa, Andrade Gutierrez, Quieroz Galvão, OAS, Delta und Galvão Engenharia. Zusammen erwirtschafteten diese sieben größten Baukonzerne Brasiliens im Jahr 2010 einen Brutto-Umsatz von 28,5 Milliarden Reais (rund 10,9 Milliarden Euro). Die Großunternehmen des Bauwesens sind die wahrscheinlich größten Finanziere der millionenschweren Wahlkampfkampagnen in Brasilien. Gleichzeitig sind diese sieben am Bau der Fußballarenen für die WM 2014 beteiligt, die von der öffentlichen Hand finanziert werden.

Im März 2011 veröffentlichten Wissenschaftler der Universitäten von Boston und Kalifornien die Studie „The Spoils of Victory: Campaign Donations and Government Contracts in Brazil“. Diese Studie deckte auf, inwieweit Wahlkampfspenden zu einem lukrativen Geschäft verhelfen können: Für jeden im Jahr 2006 an einen Politiker der Regierungspartei (PT) gespendeten Real erhielten die Baufirmen den 8,5-fachen Wert in Form von Bauaufträgen zurück, für deren Vergabe Politiker derselben Partei verantwortlich waren. Bei den Aufträgen handelte es sich um Großprojekte, die in den 33 auf die Wahlen folgenden Monaten durch die Bundes- und Landeshaushalte finanziert wurden.

Die politisch-ökonomische Macht der Baukonzerne ist in der Tat ein heikles Thema bei strategischen Entscheidungen des Landes. Man wird jedoch niemals erfahren, ob und in welchem Maße die Spenden von Odebrecht und Mendes Júnior für die Wahlkampagne des Kongressabgeordneten Aldo Rebelo Einfluss auf dessen Ernennung zum Sportminister oder auf sein weiteres Amtshandeln genommen haben. Die beiden Firmen haben offiziell eine Summe von 140.000 Reais (rund 53.000 Euro) für seine Wahlkämpfe von 2006 und 2010 gespendet – und beide sind an den Stadionbauten zur WM beteiligt, deren geplante Gesamtkosten sich auf 3,27 Milliarden Reais (rund 1,25 Milliarden Euro) belaufen, von denen 1,92 Milliarden Reais (rund 735 Millionen Euro) von der staatlichen Entwicklungsbank BNDES kommen. Der Minister Aldo Rebelo gab weiterhin an, er habe 155.000 Reais (rund 59.000 Euro) von drei Firmen erhalten, die Sponsoren des brasilianischen Fußballverbands CBF sind: Der Bank Itaú Unibanco, dem Getränkekonzern Fratelli Vita Bebidas und der Companhia Brasileira de Distribuição, die die Supermarktkette Grupo Pão de Açúcar kontrolliert.

Recht auf Arbeit

Es ist offenkundig, dass einige Akteure in der Fußballweltmeisterschaft vorrangig ein potenziell äußerst ertragreiches Geschäft sehen. Die große Sichtbarkeit der Spiele und die umfangreichen Kapitalflüsse im Rahmen ihrer Vorbereitung versprechen enorme Renditen für Großunternehmen und Konzerne. Unter Duldung und Beteiligung der Regierungen beabsichtigen die FIFA und deren Großsponsoren es nicht einmal den kleinen Händlern und Familienunternehmen zu gestatten, von den Veranstaltungen zu profitieren.

Verkaufsmöglichkeiten innerhalb der WM-Stadien werden von der FIFA präzisiert und organisiert, was ihren Partnerfirmen und Sponsoren lukrative Monopole garantiert. Außerhalb der Stadien – in deren Umgebung sowie auf den Zubringerstraßen – fordert die FIFA von den Regierungen die Kontrolle des öffentlichen und privaten Raumes um ihre Profite zu sichern. Bereits bestehenden Geschäften ebenso wie dem informellen Straßenhandel wird untersagt mit der WM zu werben oder Produkte zu verkaufen die mit den Marken der Sponsoren in Wettbewerb stehen.

Ausgehend von den gegenwärtig im Abstimmungsprozess befindlichen Gesetzentwürfen (das WM-Gesetz, Lei Geral da Copa) sowie früheren Erfahrungen wird geschätzt, dass die "FIFA-Bannmeile", einen Umfang von zwei Kilometern um die Stadien haben wird. Organisationen wie der landesweite Zusammenschluss der Ladeninhaber CNDL und der Einzelhandelsverband kritisieren den Gesetzesvorschlag.

„Man kann einer Familie nicht einfach so den Broterwerb versagen. Was hier vorgeschlagen wird, ist eine temporäre Enteignung.“ Roque Pellizzaro Júnior, Präsident des CNDL

Der informelle Straßenhandel, der aus dem Erscheinungsbild brasilianischer Städte nicht wegzudenken und eine der wichtigsten Einkommensquellen der ärmeren Bevölkerungsschichten ist, ist noch weitaus stärker bedroht. Statt die Händler/innen anzuerkennen und zu wertschätzen sowie ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, von den Megaevents zu profitieren, sind sie zunehmend Aggressionen ausgesetzt und werden zunehmend von den Behörden kriminalisiert, verfolgt und an ihrer Arbeit gehindert. Dieses Vorgehen beschränkt sich leider nicht nur auf die wichtigen Zugangsstraßen und das Umfeld der Stadien.

Ausgehend von einer Betrachtungsweise, die Armut kriminalisiert, und unter Berufung auf ihre Entschlossenheit den „Tourismus zu fördern“, und „Ordnung“ und „Sauberkeit“ in den attraktiven Gebieten der Stadt herzustellen, setzen bereits jetzt viele Stadtverwaltungen auf Repressionsmaßnahmen gegen den informellen Handel.

In Belo Horizonte schilderten 150 Familien, die infolge der Schließung des Mineirão-Stadions für die Umbauten in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten, ihre Situation auf einer öffentlichen Anhörung der Bundesstaatsanwaltschaft. Diese Klage wurde stellvertretend durch die Vereinigung der Standhändler im Umfeld des Mineirão-Stadions vorgebracht. Sie forderten für den Zeitraum der Bauarbeiten finanzielle Unterstützung für die betroffenen Familien sowie das Recht auf die Arbeit vor Ort, besonders während der Veranstaltung der Fußballweltmeisterschaft.

In Belo Horizonte sind Handwerker, Wochenmarkthändler und Straßenhändler ebenso wie deren traditionelle Verkaufsflächen durch Maßnahmen der Stadtverwaltung bedroht, die die „Re-Organisierung“ der städtischen Aktivitäten zum Ziel haben. Bedroht sind etwa der seit 1969 bestehende Hippie-Markt sowie die Umgebung des zentralen Marktplatzes. Dabei schreckt die Stadtverwaltung auch nicht vor Gewaltanwendung und der Beschlagnahmung von Produkten, Material, Arbeitsmitteln und persönlichem Besitz der Händler/innen zurück (so zum Beispiel am Platz Praça Sete im Zentrum von Belo Horizonte).

Ebenfalls in Belo Horizonte berichteten Vertreterinnen der Vereinigung der Sexarbeiterinnen von Minas Gerais Aspromig von der prekären Lage der Prostituierten die aus Gerüchten von Renovierungsprojekten der Stadt resultiert. Die Vereinigung Aspromig warnte auch vor der möglichen Zunahme des Frauenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung während der Spiele.

Im Bundesdistrikt von Brasília wurden im September 2011 anlässlich der Feierlichkeiten des Countdowns von noch tausend Tagen bis zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft (Kosten von 1,6 Millionen Reais, umgerechnet 613.000 Euro) die Straßenhändlerinnen und -händler gezwungen, sich mehr als 300 Meter vom Eingangsbereich der Veranstaltung entfernt zu halten. Der Umbau des internationalen Flughafens Juscelino Kubitschek (JK) sieht zudem den Abriss der Taxizentrale vor.

In São Paulo werden die Lizenzen für den Straßenhandel eingezogen. In einigen Regionen der Stadt mit ausgeprägter Tradition des Straßenhandels wurden alle Genehmigungen zurückgezogen, wie zum Beispiel in Itaquera, wo das WM-Stadion gebaut wird. Den fliegenden Händlern wurde ihr „Recht auf Anhörung“ abgesprochen, das ihnen laut Kommunalgesetz in einem vorgesehenen Zeitrahmen die Möglichkeit offiziellen Widerspruchs gegen die Arbeitsverbote einräumt. In 370 Fällen wurden Klagen gegen gefälschte Dokumente eingereicht, die die Konfiszierung der Lizenzen legitimieren sollten. Die Lokalbehörden verweigern allerdings jegliche Form der Verhandlung.

Im Stadtteil Brás wurde im Oktober 2011 der ausgedehnte Straßenmarkt Feirinha da Madrugada, der Hunderten von Händler/innen sowie Straßenhändlern Platz bietet, Ziel verschärfter Repression, just zu Beginn der stärksten Verkaufssaison in der Region. Einen Monat später führte dies zu einer Auseinandersetzung zwischen Polizei und Straßenhändlern.

In der Stadt Salvador sollen die Straßenhändler während der Fußballweltmeisterschaft 2014 an neue von der Präfektur ausgewählte Plätze verdrängt werden, wo es weniger Laufkundschaft gibt und die Händlerinnen und Händler weniger prominent platziert sind.

In Curitiba werden die 41 Straßenhändlerinnen und -händler, die im Umfeld des Stadions Arena da Baixada arbeiten und dort vor allem Essen und Getränke verkaufen, von ähnlichen Maßnahmen betroffen sein. Ihr Organisationsgrad ist noch immer gering und die Mehrzahl von ihnen hegt in Anbetracht der erwarteten Besucherzahlen große Hoffnungen auf die Spiele, was ihre Unkenntnis in Bezug auf die von der FIFA geforderten Einschränkungen zeigt.

In Rio de Janeiro hat die Stadtverwaltung mit ihrem Programm Choque de Ordem, etwa „Ordnungsschock“ die Schließung der historischen Märkte ab 13 Uhr durchgesetzt und somit die traditionelle „xepa“ (Verkauf der „Reste“ auf dem Markt zu geringeren Preisen) unterbunden. Markthändlerinnen und -händler protestierten gegen diese Maßnahme und beteiligten sich an einer Protestkundgebung des Basiskomitees zu WM und Olympischen Spielen.

In den Austragungsorten wird der informelle Handel mittels exzessiver Regularien und unangemessenen und unzumutbarer Forderungen mehr und mehr eingeschränkt. So werden fliegende Händler, lokale Handwerker, Straßenkünstler, Wochenmarkthändler, Sexarbeiterinnen und andere Arbeiter in der Ausübung ihrer Tätigkeiten eingeschränkt oder diese gar gänzlich unterbunden – in klarer Missachtung des Rechts auf Arbeit.

Erklärung des Planungsforums der Kampagne „Städte für alle“

Im Oktober 2011 versammelte sich das Forum zur Planung der Kampagne „Städte für alle“ in São Paulo das verschiedene Organisationen informeller Händler/innen aus mehreren Austragungsstädten der WM sowie Gewerkschaften und soziale Bewegungen vereinte. Das aus diesem Treffen hervorgehende Dokument bringt die Sorgen der informellen Arbeiter/innen in Bezug auf die WM-Politik zum Ausdruck. Darüber hinaus legt dieses Dokument den Austragungsorten und der Bundesregierung folgende Forderungen nach der Gewährleistung menschenwürdiger Arbeit vor:

„Das Forum kam darin überein, die WM-Austragungsorte und die Bundesregierung aufzufordern, sich für die ärmsten Bevölkerungsschichten einzusetzen, allen Brasilianern menschenwürdige Arbeit ermöglichen sowie:

- die ruinöse Politik einzustellen, die die informellen Händler ihrer Genehmigungen beraubt und den informellen Handel in den Stadtzentren untersagt. Dafür Sorge zu tragen, dass den bereits vertriebenen Arbeiterinnen und Arbeitern, die ihre angestammten Stellplätze in den Zentren der Städte aufgeben mussten, wieder zu ihrem Recht verholfen wird;
- öffentliche Mittel bereitzustellen für die Schaffung von Orten für den informellen Handel, wie zum Beispiel ein Camelódromo¹, Volkseinkaufszentren, Märkte, Markthallen etc.; (Camelô ist die Bezeichnung für einen informellen Straßenhändler, der beispielsweise CDs, Parfum, Kleidung etc. meist an mobilen Ständen, auf ausgebreiteten Planen oder stehend auf der Straße verkauft. Ein Camelódromo wäre dementsprechend ein von der Stadtverwaltung eigens zugewiesener zentraler Ort, an dem der informelle Handel stattfinden könnte, Anm. d. Ü.)

- Treffen mit den Vereinigungen anzuberaumen, die den informellen Handel repräsentieren, um über die Auswirkungen der im Raume stehenden Infrastrukturmaßnahmen und der Revitalisierungsprogramme städtischer Gebiete zu diskutieren;
- die Wiedereinrichtung der Verkaufsorte sicherzustellen, die im Zuge von WM-Projekten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Dies soll in Zusammenarbeit mit den betroffenen Vereinigungen des informellen Straßenhandels geschehen;
- die Entwicklung von alternativen, solidarischen Geschäftsmodellen und Kooperativen zu fördern, die zusammen mit interessierten informellen Händler/innen ausgearbeitet werden sollen;
- die Pläne zur Einrichtung von Exklusivzonen um die Stadien während der Fußballweltmeisterschaft auszusetzen, da diese den lokalen informellen Straßenhandel der Möglichkeit beraubt, von den Großveranstaltungen ökonomisch zu profitieren, und nur den multinationalen Sponsoren der Fußballweltmeisterschaft Vorteile verschafft.

Das Forum kam auch darin überein:

- zusammenzuarbeiten mit den Vereinigungen der informellen Händler/innen, „um deren Forderungen zu unterstützen und sich ihnen im Anprangern von Machtmissbrauch und Gewaltanwendung seitens öffentlicher Stellen anzuschließen.“
- gemeinsam in der Kampagne für menschenwürdiges Arbeiten, für fair play, für Transparenz und gesellschaftliche Kontrolle, für das Recht auf Wohnen sowie für weitere Initiativen zu arbeiten, die zum Ziel haben, dass die Fußballweltmeisterschaft 2014 allen Brasilianerinnen und Brasilianern zugutekommt.

Eine andere WM ist möglich! Nichts für uns ohne uns (Nada para nós sem nos)!

Die vollständige Erklärung (portugiesisch): <http://www.portalpopulardacopa.org.br>
(Thema: Trabalho e Precarização) und bei <http://streetnet-campaigns.blogspot.com.br/2011/10/brasil-outra-copa-do-mundo-e-possivel.html>

Kapitel 4 - Zugang zu Information, gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation

Fachliteratur und Erfahrungen im In- und Ausland zeigen unmissverständlich, dass der zentrale Garant für die uneingeschränkte Wahrung der Menschenrechte das Vorhandensein einer gefestigten und organisierten Zivilgesellschaft ist, die gut informiert und wachsam agiert. Die Teilhabe der Bürger an Überwachung, Bewertung und Kontrolle der Regierung sind Formen der Förderung von Gerechtigkeit und Gleichheit in der Gesellschaft.

„Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen müssen „die vollständige Transparenz in den Planungs- und Umsetzungsprozessen sowie die effektive Beteiligung der von diesen Prozessen betroffenen lokalen Gemeinden garantieren.“

So die Resolution Nr.13/2010 des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, in Bezug auf die Durchführung von Sportgroßereignissen. Die Empfehlung Nr. 07/2011 der Bundesanwaltschaft für die Bürgerrechte spricht ebenfalls davon, dass:

„IV – die Beteiligung der Bevölkerung in allen Phasen der Maßnahmen, bei Räumungen, Um- und Wiederansiedlungen der Bevölkerung (Kinder, Senioren, Menschen mit Behinderung) gewährleistet wird und Mediationen angeboten werden bevor es zu gerichtlichen Klagen kommt, dies selbst bei einvernehmlichen Aktionen garantiert werden muss, sodass dergestalt die Anwendung von Polizeieinsätzen vermieden wird, und sollte letztere notwendig sein, so darf sie nur durch Einsatzkräfte ausgeführt werden, die im Umgang mit dem betroffenen Personenkreis angemessen geschult sind.“

Es sind nicht wenige Personen, die von den bereits begonnenen oder anstehenden Maßnahmen für die Großevents in Brasilien betroffen sind, vor allem im Hinblick auf die drastischen Folgen in den Stadtzentren. Die betroffene Bevölkerung hat zudem weder Zugang zu Entscheidungsgremien noch zu grundlegenden Informationen die zur Wahrung ihrer Rechte unabdingbar sind. Trotz vielfach wiederholter Forderungen und öffentlichen Drucks.

Indes wird auf sämtlichen Regierungsebenen eine Vielzahl von Gremien geschaffen, die eine intransparente Politik und somit eine Art Parallelregierung schafft, deren Entscheidungen von jedweder gesellschaftlicher Kontrolle ausgenommen sind.

In Anbetracht der verschiedensten Fälle von Rechtsverletzungen, motiviert durch privatwirtschaftliche Interessen, verschärft sich dieses Szenario zunehmend. Das Modell einer **Stadt der Unternehmer** wird Schritt für Schritt in die Wirklichkeit umgesetzt, eine Art der „direkten Demokratie des Kapitals“, die auf der konsequenten Verinnerlichung der Marktlogiken beruht und durch die Abwesenheit jeglicher Form von gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation gekennzeichnet ist.

Informationen über die Vorhaben im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 werden geheim gehalten. Selbst den Kontrollorganen der öffentlichen Hand auf Bundesebene, der Staatsanwaltschaft des Ministério Público, wird jeglicher Einblick verwehrt. Die spärlichen Daten, die die Bundesregierung im Rahmenabkommen über die Zuständigkeiten [zwischen Bund, Staaten und Gemeinden, Anm. d. Ü.] öffentlich zugänglich gemacht hat, sind völlig veraltet. Im Rahmen unseres Dossiers können wir somit Fälle aufzeigen, die Folgendes offenlegen:

- die Dringlichkeit des Abschlusses der Bauarbeiten, um die mit den privaten Organisationen (wie dem IOC und der FIFA) getroffenen Vereinbarungen einzuhalten, werden als Vorwand für das Ausbremsen partizipativer Prozesse und gesellschaftlicher Kontrolle benutzt;
- Verhandlungen und Gespräche werden mit Privatfirmen und Repräsentanten von Partikularinteressen (wie der Bauwirtschaft oder der Immobilienmakler und -händler) geführt, aber der Bevölkerung wird das Recht auf Information und Teilhabe verwehrt;
- motiviert von einem absurden Verständnis „öffentlichen Interesses“ weigert sich der brasilianische Staat systematisch, horizontale Dialogprozesse mit den betroffenen sozialen Gruppen und bedrohten comunidades zu etablieren;

- die betroffene Bevölkerung stößt auf Restriktionen beim Zugang zu juristischem Beistand und bekommt widersprüchliche oder gänzlich unzutreffende Auskünfte über die Möglichkeiten ihre Rechte durchzusetzen;
- es existiert ein hohes Maß an Ignoranz und Unkenntnis gegenüber sozio-ökonomischen und kulturellen Besonderheiten der betroffenen Bevölkerungsgruppen und hinsichtlich der Auswirkungen von Großprojekten auf komplexe soziale Prozesse.

Die besondere Regierungsstruktur für die Fußballweltmeisterschaft auf Bundesebene

Die Vorbereitung der Sportgroßereignisse in Brasilien wird von einer Vielzahl von Agenturen, Behörden sowie Parallel- und Sondereinrichtungen durchgeführt.

Die zuvor bestehenden partizipativen Beratungsgremien und auf Teilhabe abzielenden Instanzen wurden schlichtweg entwertet und jedweder Rolle und Funktion bei der Gestaltung von Projekten im städtischen Raum entbunden. Der nationale Rat der Städte CNC, der sich durch weitreichende Partizipation von zivilgesellschaftlichen Organisationen bezüglich des Rechts auf Wohnen auszeichnet, forderte zum Beispiel die Einsetzung einer besonderen Arbeitsgruppe zur Fußballweltmeisterschaft. Aber nach deren Gründung auf dem Papier blieb sie praktisch inaktiv. In den anderweitig neu geschaffenen Gremien ist eine Partizipation der Zivilgesellschaft nicht vorgesehen. Einzig in der Arbeitsgruppe zur Fußballweltmeisterschaft, die vom Rat zur Verteidigung der Menschenrechte (angegliedert an das Sondersekretariat für Menschenrechte im Präsidentialamt Brasilien) unter Druck zahlreicher Beschwerden der sozialen Bewegungen hin geschaffen wurde, ist die Partizipation der Zivilgesellschaft zugelassen. Es handelt sich dabei allerdings um ein rein konsultatives Gremium ohne jegliche Verflechtung mit den Entscheidungsgremien und Exekutivorganen. Und selbst dieses Gremium hat innerhalb der sechs Monate zwischen seiner Gründung im Oktober 2011 und der Fertigstellung dieses Dossiers (Mai 2012) noch kein einziges Mal getagt.

Die wenigen Partizipationsmöglichkeiten wurden für privilegierte Kreise geschaffen, vor allem für die Wirtschaft und auf Kosten der Beteiligung der allgemeinen Bevölkerung.

In den wenigen Fällen in denen NGOs konsultiert werden, handelt es sich zumeist um privat finanzierte Organisationen die unmittelbare private Interessen an den Spielen haben, so zum Beispiel das Institut "Ethos" und das Konsortium „Brasil 2014“.

Als Knotenpunkte vorrangiger Staatsentscheidungen wurden drei neue Regierungsorgane gegründet. Diese wurden durch Dekrete oder Verträge geschaffen und sehen ebenfalls keine Teilhabe der Zivilgesellschaft vor:

- CGCOPA, das Ausrichtungskomitee der Fußballweltmeisterschaft 2014, und GECOPA, die Exekutivgruppe für die Fußballweltmeisterschaft 2014: Diese sind verantwortlich für die Planung, die Überwachung und Durchführung der Haushaltsentscheidungen, der städtebaulichen Projekte und der Bauarbeiten;
- das für die Austragungsstädte zuständige Komitee: verantwortlich für die Überwachung der vorgesehenen Bauarbeiten und für die Vermittlung zwischen der Bundesregierung und den Austragungsorten;
- APO ist die für Olympische Fragen zuständige öffentliche Einrichtung: Sie ist ein Konsortium der öffentlichen Hand und zuständig für die Koordinierung aller Aktionen für die Olympischen Spiele.
- die Nicht-Regierungsorgane, die für die Entscheidungen bezüglich der Vorbereitungen der Fußballweltmeisterschaft gegründet wurden, sind der Veranstalterin FIFA direkt unterstellt und mit einem „heißen Draht“ zur Bundesregierung ausgestattet: COL ist das Lokale Olympische Organisationskomitee, der Entscheidungsrat Conselho Deliberativo setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern von FIFA und dem COL.

Die Konsultationsinstanzen setzen sich aus den unterschiedlichen thematischen Abteilungen des Ausrichtungskomitees der Fußballweltmeisterschaft 2014 CGCOPA und den Arbeitsgruppen der Ministerien und Sondersekretariate zusammen. Die

einzigste Institution, die als Beraterin der Bundesregierung dazu eingeladen wurde, um letztere in ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen, ist das Konsortium WM 2014, das sich aus Privatfirmen zusammensetzt.

Des Weiteren wurde mit einem Zweijahresvertrag zwecks „Unterstützungsleistungen für das Management der Organisation und Durchführung der WM“ ein sich aus folgenden Firmen aus Bau- und Werbewirtschaft und Unternehmensberatung zusammensetzendes Konsortium eingeladen: "Empresa Brasileira de Engenharia de Infraestrutura Ltda." (EBEI), "Galo Publicidade, Produção e Marketing Ltda.", "Value Partners Brasil Ltda.", "ValuePartners Management Consulting Ltda." und "Enerconsult S.A."

Im Bereich der Legislative wurden Kommissionen ins Leben gerufen, die die Sportevents betreffenden Angelegenheiten anstelle der Abgeordnetenversammlung und des Senats entscheiden sollen. In dieser Kommission finden sich viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die finanzielle Zuwendungen vom brasilianischen Fußballverband CBF und von Vertretern der Fußballklubs erhalten hatten, um die Interessen des Fußballgeschäfts sicherzustellen.

Autoritarismus, Unterschlagung von Informationen und die Unterbindung gesellschaftlicher Partizipation

In Recife wurde erfolglos versucht, die Bevölkerung an der Vorstellung und Diskussion der Projekte zu beteiligen.

In Belo Horizonte wurde die Umgestaltung des öffentlichen Markts "Mercado Distrital do Cruzeiro" in einen Komplex aus Shopping-Center, Hotels und Parkhäusern von der Bevölkerung wie vom lokalen Einzelhandel abgelehnt. Gemeinsam hatten sie mit dem Institut der Architekten Brasiliens den Vorschlag eingebracht, den Markt durch einen öffentlichen Wettbewerb zu wiederzubeleben. Die Stadtverwaltung weigerte sich jedoch, an der Vorstellung dieses alternativen Projektvorschlages teilzunehmen. Das Stadtparlament verabschiedete daraufhin die Privatisierung eines zum Teil öffentlichen Straßenbereichs (Rua Musas) für den Bau eines Hotelkomplexes; ein Vorgehen, das heftigen Widerstand seitens der Bewohner/innen der Gegend hervorrief.

Das Stadtparlament von Curitiba bewilligte 90 Millionen Reais (rund 34,5 Millionen Euro) für das „besondere Baupotential“ beim Ausbau des Stadions João Américo Guimarães. Dies geschah trotz einhelliger öffentlicher Ablehnung, die auch von NGOs und sozialen Bewegungen untermauert wurde, die zu zwei öffentlichen Anhörungen anwesend waren. Die Forderungen nach Information und Partizipation an diesem Prozess wurden nicht einmal zur Kenntnis genommen.

In Natal werden 429 Immobilien, darunter 269 Wohnhäuser enteignet, um Platz für die Verkehrsprojekte zu schaffen, die ebenso ohne öffentliche Debatte abgewickelt werden. Es wurden keinerlei sozial- und umweltverträgliche Alternativen vorgestellt. Bestehende Kontrollorgane wie das die Stadt beratende Gremium CONCIDADE und der Rat für Wohnen, Transport und Verkehr (Conselhos de Habitação e Transporte e Trânsito Urbano) wurden nicht einmal konsultiert. Angesichts der drohenden Vertreibung aus der Stadt und wegen des geringen Gegenwertes ihrer Unterkünfte, Summen, die es ihnen nicht ermöglichen würden vergleichbaren Wohnraum am neuen Wohnort zu erwerben, erhalten die Bewohner/innen von der Volksrechtshilfe der Bundesuniversität von Rio Grande do Norte, UFRN, juristische Betreuung.

In Rio de Janeiro erhielten die Bewohner/innen der Stadtviertel Vila Harmonia und Metrô Mangueira nicht nur keinerlei Zugang zu Informationen über das sie betreffende Städtebauprojekt, sondern obendrein einen Gerichtsbeschluss zum Verlassen ihrer Häuser und Geschäfte binnen der absurden Frist von „null Tagen“.

In São Paulo sehen sich Anwohner/innen – angesichts des völligen Informationsvakuums und äußerster Unsicherheit – dazu genötigt, Vereinbarungen zu treffen, die ihre Rechte verletzen.

„Sie kamen hierher und gaben mir ein Papier, auf dem stand, dass das Haus gesperrt werden würde. Sie sagten weder etwas über irgendwelche Recht die wir hätten, noch ob sie uns irgendwo anders hin bringen würden.“ Adriano Evangelista, Bewohner von Itaquera, São Paulo

In Porto Alegre erfuhren die Bewohner/innen des Viertels Bairro Cristal erst von dem Projekt der Verbreiterung der Avenida Tronco, als dies bereits beschlossen war und die Vertreibung von ca. 1.800 Familien vorsah. Das Viertel erlebt derzeit wegen seiner

privilegierten Lage einen wahren Immobilienboom. Die betroffenen Bewohner hatten keinerlei Möglichkeit den Behörden Fragen bezüglich der Wiederansiedlung oder alternativer Planungen zu stellen. 13 mögliche Gebiete zur Umsiedlung schlugen die Bewohner/innen der Viertel von Divisa und Cristal vor, aber die Vorschläge wurden ignoriert.

„Wir wissen nicht, wann die Arbeiten anfangen, wer betroffen sein wird, wohin die Familien gebracht werden. Wir haben das Recht, über unsere Zukunft mitreden zu können. Wir sind für die Durchführung der Weltmeisterschaft, aber nur wenn die Rechte der Bevölkerung geachtet werden.“ José Renato Maia, betroffener Anwohner der Avenida Tronco, Porto Alegre

Diese Vielzahl von Fällen steht in einem starkem Kontrast zu Enteignungen von Mittelklasse-Immobilien, bei denen alle Rechtswege eingehalten werden: die rechtzeitige Information der Betroffenen, faire Verhandlungen über den Gegenwert [der zu enteignenden Immobilie] und die formale Aufsetzung von rechtskräftigen Verträgen.

Die staatliche Entwicklungsbank BNDES und die Fußballweltmeisterschaft 2014

Schätzungen zufolge wird die Fußballweltmeisterschaft 2014 zu mehr als 90 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, ganz im Gegensatz zur ursprünglichen Ankündigung die einen deutlich niedrigen Anteil vorsah. Die direkte Beteiligung der BNDES ist im Prinzip auf rund fünf Milliarden Reais (1,91 Milliarden Euro)¹² (20,8 Prozent der Gesamtkosten) begrenzt. Die Stadionbauten erhalten einen Zuschuss von je 400 Millionen Reais (153 Millionen Euro)¹³, das Schnellbussystem Bus Rapid Transit BRT Transcarioca wird mit 1,179 Milliarden Reais (451 Millionen Euro) bei Gesamtkosten von 1,883 Milliarden Reais (721 Millionen Euro) bezuschusst.

¹² Details im Bericht "O TCU e a Copa do Mundo 2014", August bis September 2011.

¹³ http://www.bndes.gov.br/SiteBNDES/bndes/bndes_pt/Institucional/Apoio_Financeiro/Programas_e_Fundos/procopaarenas.html

Aber die von der BNDES an Dritte bewilligten Finanzmittel lassen auf eine weitaus umfangreichere Beteiligung schließen. Im Januar 2012 wurde die Bemessungsgrenze für die Mittelzuwendung (begrenzt auf 80 Prozent der Gesamtkosten) für die internationalen Flughäfen von Brasília, Campinas und Guarulhos bei geschätzten Minimalkosten von 2,21 Milliarden Reais (846 Millionen Euro), 6,27 Milliarden Reais (2,4 Milliarden Euro) bzw. 4,71 Milliarden Reais (1,8 Milliarden Euro) festgesetzt.¹⁴ Aus den Informationen, die über die Transparenz-Portale der Regierung öffentlich zugänglich sind, kann man keine Aussage über die wahrscheinliche Beteiligung der Bank an den Ausbauten für die Häfen (741 Millionen Reais, 283 Millionen Euro) machen. Ebenso wenig ist das für die Gelder möglich, die die Landesregierungen (4 Milliarden Reais, 1,5 Milliarden Euro) und die Stadtregierungen (1,55 Milliarden Reais, 593 Millionen Euro) zur Vorbereitung der Spiele ausgeben; hinzu kommen die Unterstützungen für den Privatsektor (336 Millionen Reais, 128 Millionen Euro) sowie für den privaten Hotelsektor in den Ausrichterstädten,¹⁵ die sich auf bis zu 2 Milliarden Reais (766 Millionen Euro) belaufen können.¹⁶ Eine kurze Berechnung ergibt eine Summe von 27 Milliarden Reais (10,34 Milliarden Euro) an Gesamtinvestitionen für die WM-Vorbereitung, ein Betrag, der die Beiträge der wohl größten Investoren, die staatliche Caixa Econômica Federal (6,65 Milliarden Reais, 2,54 Milliarden Euro) und die Flugsicherheitsbehörde Infraero (5,15 Milliarden Reais, 1,97 Milliarden Euro) weit übertrifft.

14 <http://agenciabrasil.ebc.com.br/noticia/2011-10-13/divulgados-lances-minimos-para-privatizacao-dos-aeropostos-de-guarulhos-viracopos-e-brasilia> und <http://www.copa2014.gov.br/pt-br/noticia/bndes-vai-financiar-ate-80-do-investimento-total-realizado-em-aeropostos>

15 http://www.bndes.gov.br/SiteBNDES/bndes/bndes_pt/Institucional/Apoio_Financeiro/Programas_e_Fundos/ProCopa-Turismo/

16 <http://grupoviagem.uol.com.br/2011/06/bndes-vai-dobrar-credito-para-investimentos-de-hotéis-para-a-copa-2014> und <http://www.portal2014.org.br/noticias/6266/MIRANDO+A+COPA+2>

Tabelle: Investitionen der BNDES für die Fußballweltmeisterschaft 2014: Voraussichtliche Gesamtausgaben in Millionen Reais

Investitionen	Reais (in Millionen)	Euro-Betrag (in Millionen)
Stadien an den Austragungsorten	4800	1836
Schnellbussystem Transcarioca	1179	451
Flughäfen	10552	4036
Häfen	741	283
Kommunal- und Landesregierungen	5550	2122
Privatsektor (inkl. Hotelsektor)	2336	893
Sonstiges	1768	677
GESAMT	26926	10298

In ihrem Geschäftsgebaren verstößt die Bank gegen eine Reihe von Richtlinien, etwa die Offenlegung ihrer Konten, den Nachweis von Wirtschaftlichkeit und guter Haushaltsführung bei der Verwendung öffentlicher Gelder sowie das Prinzip gemeinschaftlicher Risikohaftung der von ihr mitfinanzierten Aktivitäten.¹⁷ Ebenso verstößt sie gegen das Prinzip des Schutzes und Erhalts der Umwelt. Eine Reihe von Vorfällen dokumentieren, wie wenig sich die BNDES dem öffentlichen Interesse verpflichtet fühlt – vor allem angesichts solcher enormer Investitionssummen: Dazu gehören Entscheidungen wie die des Bundesrechnungshofs TCU, die Finanzierung der Stadien Arena de Manaus und des Maracanã wegen der Explosion der Baukosten auszusetzen, ebenso wie die der Investitionsstopp für das Schnellbussystem Transcarioca wegen nicht erfolgter Umweltverträglichkeitsstudie (EIA-RIMA) oder die vom Rechnungshof des Bundesdistrikts TCDF zur Anzeige gebrachten Unregelmäßigkeiten bei den Bauarbeiten am Stadion Mané Garrincha.

¹⁷ www.plataformabndes.org.br

Kapitel 5 - Umweltschutz

Die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016 werden auch als Vorwand angeführt, um gesetzliche Richtlinien in Fragen des Umweltschutzes und der Achtung der Umweltrechte der betroffenen Bevölkerung zu umgehen.

Neben dem politischen Druck, dem die Umweltbehörden ausgesetzt sind, beklagen diese zudem ihre mangelnde Ausstattung und den Mangel an qualifiziertem Fachpersonal. Bei den großen öffentlichen Bauvorhaben mit umfangreichen Investitionen und dementsprechend ausgeprägtem Gewinninteresse seitens der großen Baufirmen und des Privatsektors wird die Sozialverträglichkeit mit Füßen getreten und soziale Auswirkungen der Großprojekte werden ignoriert. Im Namen der Dringlichkeit kann alles gerechtfertigt werden.

Um die Umweltgenehmigungen für die Bauarbeiten im Rahmen der großen Sportereignissen zu beschleunigen, schuf die Bundesregierung die Arbeitsgruppe „Umwelt“, deren Aufgabe formal im Vorschlag und der Ausarbeitung von „umweltverträglichen, nachhaltigen Projekten“ liegt. In der Praxis jedoch sucht diese Arbeitsgruppe Mittel und Wege, rechtliche Verfahren zu beschleunigen bzw. zu umgehen, indem Ausnahmeregelungen für die Projektgenehmigungen der im Zusammenhang mit den Megaevents stehenden Maßnahmen getroffen werden, sofern diese „in großem öffentlichen Interesse“ sind.

Ein weiterer permanent angewandter Ausnahmenmechanismus ist die Substitution der Umweltverträglichkeitsprüfung EIA-RIMA durch sogenannte Vereinfachte Umweltberichte, Relatórios Ambientais Simplificados (RAS). Während die Umweltverträglichkeitsprüfung EIA-RIMA verlangt, dass mögliche Alternativen geprüft und detaillierte Analysen der physikalischen, biologischen und sozialen (sozioökonomischen, kulturellen, etc.) Auswirkungen vorgenommen werden, wurde das vereinfachte RAS-Verfahren eingeführt, um die Prüfungen zu erleichtern und die Genehmigungsprozesse für kleinere Projekte mit geringeren Auswirkungen zu verkürzen. Nun aber wird – ohne jegliche Notwendigkeit – dieses Verfahren auch bei der Genehmigung komplexerer, weitaus größerer Bauprojekte mit enormen Auswirkungen angewendet, wie zum

Beispiel des Baus der Schnellbuslinien BRT Transcarioca in Rio de Janeiro. Dies ist ein klarer Verstoß gegen die Umweltgesetzgebung.

In mehreren Städten versuchen die Stadtparlamente städtische Kenngrößen zu manipulieren und die Begrenzungen von Naturschutzgebieten (Áreas de Preservação Permanente APP) zu verlegen – entgegen ihrer öffentlichen Verlautbarungen.

In Porto Alegre wurde der städtische Masterplan – Resultat eines intensiven Partizipationsprozesses – kurzerhand abgeändert und den im Zusammenhang mit der WM stehenden Bauvorhaben von Hotels, Sportstätten und touristischen Einrichtungen angepasst. Ein weitläufiges öffentliches Gelände, auf dem sich die Galopprennbahn befindet, wird derzeit privatisiert und die Nutzungsgenehmigungen für den Bau von Wohn- und Bürotürmen werden ohne vorherige stadtplanerische Untersuchungen und Umweltverträglichkeitsstudien vergeben.

Laut der UN-Berichterstatterin für das Recht auf angemessene Wohnbedingungen, Raquel Rolnik, „zeigt das, was in Porto Alegre geschieht, wie die Fußballweltmeisterschaft 2014 in Wirklichkeit als Vorwand für die Änderung des städtischen Gefüges der brasilianischen Städte benutzt wird – und zwar ohne dass dabei die notwendigen Vorgaben eingehalten, Studien durchgeführt oder die öffentliche Diskussion gesucht und die Bürgerbeteiligung ermöglicht werden.“ (Raquel Rolnik im Interview mit der Zeitschrift Carta Capital).

In Rio de Janeiro und in Salvador wurden die zugestandenen Gebäudemaximalhöhen für den Bau von Hotels angehoben, ohne zuvor die zuständigen Fachbehörden der Stadtverwaltung zu kontaktieren und ohne dass Untersuchungen zur Folgenabschätzung erstellt wurden. Gegenteilige öffentliche Forderungen werden schlicht ignoriert. In Salvador zeigen die Ergebnisse einer vom Hotelgewerbe selbst verfassten Erhebung, dass 33 Prozent ihrer Kapazitäten unausgelastet bleiben, was den Widersinn dieser Maßnahmen unterstreicht. In Belo Horizonte liegt dem Stadtparlament ein Änderungsplan der städtischen Raumnutzung vor, der die letzte verbliebene Grünfläche der Gemeinde mit einer Gesamtfläche von zehn Quadratkilometern und einer potentiellen Wohnfläche für 300.000 Menschen einer neuen Nutzung zuführen soll, ohne dass eine Umweltverträglichkeitsstudie durchgeführt wird.

Vereinfachte Umweltgenehmigungsverfahren für „Projekte öffentlichen Interesses“

In Natal wurde wenige Tage nach Einreichung der Umweltverträglichkeitsstudie EIA-RIMA zwecks Begutachtung durch die zuständigen Behörden mit den Bauarbeiten für das Stadion "Arena das Dunas" begonnen, also ohne dass die vorgeschriebenen öffentlichen Anhörungen durchgeführt wurden – und ohne, dass eine Genehmigung dafür erteilt worden war. Das bestehende Stadion wurde abgerissen, ohne die Genehmigung dafür überhaupt zu beantragen – normalerweise dauert solch ein Prozess bis zu ein Jahr. Im gleichen Fall leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen ein, um die Unregelmäßigkeiten der Umweltgenehmigung für Drainagearbeiten zu überprüfen, die mittels des vereinfachten RAS-Verfahren genehmigt wurden.

In Natal betreffen die Auswirkungen der urbanen Verkehrsprojekte für die Fußballweltmeisterschaft 2014, die einer Initiative der Stadt Natal und der Regierung des Bundesstaates Rio Grande do Norte entspringen, Naturschutzgebiete und die Umweltschutzzone "Estuário de Potengi" und die im "Parque das Dunas". Die Folgen wurden bisher nicht öffentlich debattiert, überdies würden die geplanten Projekte die gravierenden Verkehrsprobleme im Stadtgebiet nicht einmal lösen. Angesichts dieser Versäumnisse hat das Basiskomitee zur WM 2014 von Natal bei der Landesstaatsanwaltschaft Einspruch eingelegt, um diese Unregelmäßigkeiten zu unterbinden.

In Cuiabá, der Hauptstadt des Bundesstaats Mato Grosso, verursacht der umstrittene Bau der Seilbahn in der "Chapada dos Guimarães" Rodungen sowie massive Eingriffe in das Naturschutzgebiet. Dennoch wurde die Umweltgenehmigung auf Basis eines vereinfachten RAS-Verfahrens erteilt. Dieses mit 6 Millionen Reais (rund 2,29 Millionen Euro) veranschlagte Bauprojekt wurde als „Kauf von Betriebsmitteln“ verbucht, um die Gesetzgebung öffentlicher Vergabep Praxis zu umgehen und das Projekt zu beschleunigen. Die Staatsanwaltschaft hat nun ein Verfahren zur Aussetzung der Vergabe angestrengt, das bereits 580.000 Reais (rund 222.000 Euro) gekostet hat, die Summe, die von der Stadtverwaltung als Vorschuss an die beauftragte Firma überwiesen wurde – obendrein sieht die Vertragslage keine Rückzahlungspflicht vor.

Im Gegensatz zur Geschwindigkeit, mit der die Genehmigungen für die Bauprojekte erteilt werden, fand das Basiskomitee in Pernambuco heraus, dass die ländliche Ansiedlung Chico Mendes, die in fünf Kilometern Entfernung zum geplanten WM-Dorf liegt, seit langem auf die Mitteilung der Gemeindeverwaltung von Paudalho wartet, dass die Umweltgenehmigung für den Bau elektrischer Leitungen endlich erteilt wurde. Da dies bislang nicht erfolgt ist, fehlt es der Comunidade an sozialen Einrichtungen. So müssen zum Beispiel Schülerinnen und Schüler große Strecken zu einer entfernt liegenden Schule zurücklegen.

Green Economy versus urbane Expansion

Die Großinvestitionen in Stadien und Verkehrsprojekte werden von einem Diskurs der Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit und "green economy" begleitet, der die verantwortliche Nutzung von Naturressourcen bei den Baumaßnahmen, die Wiederverwertung von Abfällen und die Müllvermeidung propagiert.

Der „grüne“ Diskurs verschleiert aber die permanente Missachtung der durch die Bauarbeiten ausgelösten Folgen, wie zum Beispiel im Fall des Stadions "Arena das Dunas". Das neue Nationalstadion in Brasília, das das Stadion "Mané Garrincha" ersetzt, wurde mit dem Siegel Grünes Stadion des US-amerikanischen Großkonzerns Leed Platinum (vom US Green Building Council) ausgezeichnet, obwohl das Bauvorhaben nicht einmal eine Umweltgenehmigung vorzuweisen hatte. Zudem ermittelt die Staatsanwaltschaft, da der Verdacht des Verstoßes gegen das Bundesrechts in Raum- und Grundnutzungsfragen im Raum steht und keine Verträglichkeitsstudien zu den Auswirkungen auf die Umgebung und das Verkehrsaufkommen durchgeführt wurden. Des Weiteren beklagt die Staatsanwaltschaft das fehlende Gutachten des Instituts für das Historische und Künstlerische Nationale Kulturerbe (Iphan), da das Gelände denkmalgeschützt ist. Trotz dieser Gesetzesverstöße hat ein Richter des Gerichtshofs des Bundesdistrikts und der Bundesstaaten eine vorläufige Anordnung für die Fortsetzung der Bauarbeiten erteilt, mit der Begründung, die Verschwendung öffentlicher Mittel zu verhindern und den „absehbaren Schaden für die brasilianische Nation abzuwenden, den Gesichtverlust vor der internationalen Gemeinschaft im Falle eines Fiaskos, welchem dringend vorgebeugt werden muss.“

In Recife ist für den Bau des WM-Dorfs die städtebauliche Erschließung weiterer Brachflächen für den Bau von Immobilien vorgesehen, obwohl keine offiziell abgeschlossene Planung und Umweltverträglichkeitsprüfung vorliegen. Die Umweltverträglichkeitsprüfung liegt zurzeit bei dem Landeswasseramt CPRH. Der Baubeginn der Arbeiten schuf jedoch einen Präzedenzfall und macht eine Rücknahme der Genehmigung des WM-Dorf praktisch unmöglich: Die Entscheidung wurde gefällt – ungeachtet aller im Genehmigungsverfahren identifizierten Folgen und ohne Klärung jeglicher Fragen mit Bezug auf das öffentliche Interesse an der Millioneninvestition.

Über diesen Fall berichtete eine Tageszeitung und warnte vor den Risiken: Laut den landesweiten Erfahrungen mit „geplanten Städten“ (wie Brasília, Goiânia, Palmas), die keinen sozialen Wohnraum vorsahen, so wie nun auch im Fall des WM-Dorfs von Pernambuco, haben sich in allen Fällen im Umfeld der Planstädte regelrechte „Siedlungen des sozialen Ausschlusses“ gebildet, die zum großen Teil die Arbeiter beherbergen, die diese Planstädte errichteten.

Exkurs: Rio de Janeiro, Vila Autódromo: Ein Stadtviertel zum Leben bestimmt

Die Vila Autódromo besteht seit über 20 Jahren als Comunidade. Sie entstand infolge einer Landbesetzung durch Fischerfamilien am Ufer der Lagune von Jacarepaguá zu einer Zeit als die Gegend noch keinen Anschluss an urbane Infrastruktur hatte. In den darauffolgenden Jahren stiegen die Zahl der Parzellen und die Anzahl der Bewohner/innen merklich an. Im Verlauf der Jahre erlebte die Gegend erhebliche Veränderungen: Landaufschüttungen am Ufer und der Bau großer Gated Communities haben das Landschaftsbild und Besiedlung der Gegend verändert. Der jüngste Eingriff war die Aufschüttung eines großflächigen Geländes in der Lagune dessen Untergrund wasserdicht versiegelt wurde, um darauf das Konzertgelände Cidade do Rock für die Durchführung des Rockevents Rock in Rio errichten zu können.

Die Vila Autódromo wurde vom Stadtparlament 2005 zu einem Gebiet besonderen sozialen Interesses erklärt. So wurden dort auch Bewohner/innen der Comunidade Cardoso Fontes angesiedelt, die nach der Räumung ihres ursprünglichen Wohnortes

von der Stadtverwaltung angewiesen wurden, sich in Vila Autódromo niederzulassen. In den vergangenen Jahren jedoch hat die Stadt wiederholte Versuche unternommen, die Vila Autódromo räumen zu lassen, um das Gelände dem Stadtentwicklungsprojekt von Barra da Tijuca zuzuschlagen, das auf die Wertsteigerung der Immobilien abzielenden. Die Comunidade hat jedoch diesem Bestreben bis heute dank ihrer umfangreichen sozialen Mobilisierung widerstanden.

Die Räumung der Vila Autódromo, deren Wohnparzellen zum großen Teil legal sind und das legale Nutzungsrecht CDRU¹⁸ genießen, wird von den Behörden als unerlässlich für die Errichtung des Olympischen Parks dargestellt. Dazu greift die Stadt auf Umweltschutzargumente zurück. Diese Argumente sind jedoch nicht im Mindesten haltbar, da die Bedingungen vor Ort sehr wohl den Verbleib der Bewohner/innen auch unter Umweltschutzgesichtspunkten gestatten. Erste eigene Vorschläge der Comunidade für die Erarbeitung neuer Durchführungsbestimmungen werden gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft entwickelt, die z.B. die Reduktion der Breite des Naturschutzstreifens auf 15 Meter aus sozialem Interesse vorsieht, so wie es die Resolution des Nationalen Umweltrates Conama (Resolução Conama n. Ffl 369/2006) festlegt.

Der Berichterstatter für das Waldschutzgesetz der Kommission für Verfassung und Gesetz des Senates in Brasília bezeichnete die Bauarbeiten an der Vila Olímpica als „Ausnahmefall aufgrund des öffentlichen Interesses“. Der Ausschreibungstext für den auf 1,4 Milliarden Reais (5,36 Milliarden Euro) geschätzten Auftrag für „die Errichtung, die Betreuung und den Erhalt des Olympischen Parks“ an eine private Firma sieht für 25 Prozent der Fläche von 1,2 Millionen Quadratmetern den Bau von Sporteinrichtungen vor. Im Gegenzug soll die beauftragte Firma „das Recht zur kommerziellen Verwertung des Restgeländes [75%] haben, was den Bau von Hotels und von Wohn- und Geschäftshäusern einschließt“ (Tageszeitung O Globo, 01/12/2011).

18 Die Concessão de Direito Real de Uso (CDRU) ist das vom Statut der Stadt vorgesehene Regularium für Besitztumsklärung. Siehe hierzu auch Fußnote 4.

Die Stadtverwaltung begründete die Räumungsandrohung unter Verweis auf Forderungen des Olympischen Komitees IOC. Als Reaktion darauf hat die Comunidade mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft eine Mitteilung an das IOC verfasst, in der ausführlich für den Verbleib der Vila argumentiert wird. Der Gewinner des vom Institut des Architektenverbands Brasiliens IAB ausgerufenen internationalen Ideenwettbewerbs für den Olympischen Park beinhaltet den Erhalt der Vila Autódromo und nahm verschiedene Einschnitte bei der Breite des Umweltschutzstreifens vor (vermutlich begründet als „in öffentlichem Interesse liegend“).

Die Stadtverwaltung setzt aber ihre Versuchen fort, die Vila Autódromo zu räumen. Sie versuchte dies bereits unter dem Vorwand des Umweltschutzes, unter dem Vorwand, die Sicherheit des Olympischen Dorfs der Panamerikanischen Spiele zu gewährleisten, unter dem Vorwand der Errichtung des Olympischen Parks und nun mit dem Argument, dass dort die Verbindung der Transolímpica und der Transcarioca erfolgen soll, obwohl in keiner der beiden Projektpläne solches vorsieht.

Als ob all dies nicht genug wäre, befindet sich das Gelände, auf dem die Bewohner/innen neu angesiedelt werden sollen, in einem Gebiet, das laut Auskunft der für Bodenfragen zuständigen Staatsanwaltschaft und der von der Stadtverwaltung selbst erstellten Risikokarten als Gegend mit hohem Erdbebenrisiko definiert ist.

Die Vereinigung der Bewohner/innen hat nun jüngst den sogenannten Volksplan für die Vila Autódromo erstellt, der die Möglichkeit des dortigen Verbleibs unter gleichzeitiger Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen inklusive der sanitären sowie die sozioökonomische Entwicklung des Viertels vorsieht. Die Vila Autódromo will leben.

(Kampagne Viva a Vila Autódromo; <http://www.portalpopulardacopa.org.br>)

Kapitel 6 - Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, Gütern und Mobilität

Der Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen und innerstädtischer Mobilität ist unmittelbar mit dem Grundrecht auf Bewegungsfreiheit und dem Recht auf Zugang zu Leistungen verbunden, die für ein menschenwürdiges Leben unverzichtbar sind. Dies schließt auch das Recht auf angemessene Wohnbedingungen mit ein, ebenso die notwendige Bereitstellung von Infrastruktur, wie eine umweltgerechte Abwasserbeseitigung oder der Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung, Schulen, Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen.

Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen

Die Unterbrechung elementarer Leistungen der Daseinsvorsorge für angemessene Wohnbedingungen wie Müllabfuhr, Strom, Wasser- und Abwasser sowie Kommunikation gehört zu den verschiedenen von der Regierung angewandten Strategien, Druck auf Comunidades auszuüben, die noch intakt sind – oder schlimmer noch: auf die, die bereits gespalten und zerrissen sind.

Das Vorgehen bei Vertreibungen, die häufig stückchenweise vorgenommen werden, beinhaltet den Abriss von Häusern, sodass die Bewohner/innen, die aus Protest bleiben, inmitten einer Trümmerlandschaft leben müssen. Auf die noch Widerstand leistenden Bewohner/innen wird so massiver Druck ausgeübt. Die Anwohner/innen werden zudem einem hohen Risiko von Krankheiten und der Gefahr von einstürzenden Häusern ausgesetzt. Dies ist systematische Praxis in Rio de Janeiro – in den Comunidades von Estradinha, Restinga und Metrô Mangueira – und in Porto Alegre, in der Vila Dique und im Bairro Central.

In Belo Horizonte beklagte die Comunidade von Dandara während einer öffentlichen Anhörung (September 2010) das völlige Fehlen von öffentlichen Dienstleistungen – wie Strom, Postzustellung, Kanalisation, Gesundheitszentren, Feuerwehr u.a. Die Einstellung öffentlicher Dienstleistungen als Form der Druckausübung auf die Bewoh-

ner/innen, damit diese das Viertel verlassen, wurde auch in der Vila Dique und der Vila Arroio Cavalhada in Porto Alegre angewandt.

Darüber hinaus wurde der von Zwangsräumungen bedrohten Bevölkerung das Recht auf juristischen Beistand in mindestens zwei Städten verwehrt. In Rio de Janeiro wurde die für Land- und Wohnfragen zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft schwerwiegenden politischen Angriffen ausgesetzt. Das Büro für Menschenrechte und juristischen Beistand der Bevölkerung, "Frei Tito de Alencar", das im Landesparlament des Bundesstaat Ceará angesiedelt war, wurde geschlossen. Beide wurden für ihren juristischen Beistand für Bewohner/innen bestraft, die bedroht wurden und durch die Baumaßnahmen betroffen sind.

Das besonders Schwerwiegende an diesen Fällen ist, dass die öffentlichen Organe zum Schutz der ärmeren Bevölkerung und zur Verteidigung der Menschenrechte ebenfalls zur Zielscheibe der Interessen- und Machtkoalition werden. In anderen Worten, die Verteidiger/innen der Opfer werden ebenfalls zu Opfern physischer oder, in besonderen Fällen, Opfer institutioneller Gewalt.

Zugang zu öffentlichen Gütern

Die Beschränkungen bei der Nutzung des öffentlichen Raumes, wie der individuellen Bewegungsfreiheit, werden von Maßnahmen begleitet, die nichts anderes sind als eine „soziale und ethnische Säuberung“, die im Namen der „öffentlichen Ordnung“ vorangetrieben wird.

Diese Maßnahmen konzentrieren sich auf wohlhabendere, noble, Stadteile, die wegen ihrer privilegierten Lage ausgewählt wurden, um die Sportgroßereignisse in diese Gegenden zu verlagern und die damit verbundenen Touristenströme dorthin zu lenken. Dies unterstreicht die Missachtung der herrschenden sozialen Probleme. An die Ärmsten wird nur gedacht, wenn eine Polizeiaktion oder politische Repressionen Armut einmal mehr bestrafen und kriminalisieren.

In Rio de Janeiro verfolgt die Stadtregierung seit 2009 unter dem Namen „Ordnungsschock“ („Choque de Ordem“) offen das erklärte Ziel, repressiv gegen den fliegenden Straßenhandel, Flanelinhas,¹⁹ Obdachlose, irreguläre Stände und Bauten und nicht genehmigte Werbung vorzugehen. Dies verletzt jedoch das Recht auf Arbeit und Bewegungsfreiheit.

Noch weitaus schwerwiegender ist die Praxis des Stadtdezernats für Sozialbeistand von Rio de Janeiro, das auf der Straße lebende Kinder und Jugendliche unter Zwang zusammenreibt und sie ihrer Freiheitsrechte beraubt. Der Nationalrat für Kinder und Jugendrechte, das entscheidende Gremium für die Wahrung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Brasilien, hat wegen dieser Praktik in Bezug auf diese Maßnahmen eine Protestnote herausgegeben, in der sie auf die Internationale Konvention zum Schutz des Kindes, auf die Bundesverfassung von 1988 sowie auf das Gesetz 10.216 (über die Regeln zur Heimunterbringung Süchtiger) verweisen.

Mobilität

Städtische Mobilität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Leben in der Stadt. Je demokratischer eine Stadt ist, desto demokratischer ist der Zugang zu Mobilität, verstanden als Synonym für den Zugang zu den verschiedenen Bereichen des urbanen Raumes. Ein bedeutsamer Teil der für die Fußballweltmeisterschaft und die Olympischen Spiele eingesetzten Geldern fließt in städtische Verkehrsprojekte, die aber an den Bereichen der größten Nachfrage gezielt vorbeigehen.

Auf der einen Seite wird die Bevölkerung aus den Stadtgebieten in periphere Gebiete mit prekären Lebensbedingungen vertrieben; auf der anderen Seite ermöglichen die Investitionen Verkehrsprojekte, die denen zugutekommen, die ohnehin schon zur privilegierten Bevölkerungsschicht gehören. Hinzu kommt, dass die geplanten Ver-

19 Flanelinha hießen ursprünglich die Autoscheibenwäscher, heute bezeichnet es in Brasilien die Parkeinweiser, die den Autofahrenden gegen freiwilliges Entgelt beim Einparken helfen, Anm.Ü.

kehrs-Achsen neue Immobilienfronten eröffnen, wie es zum Beispiel in Fortaleza, in São Lourenço da Mata mit dem Projekt Cidade da Copa in Recife, in Rio de Janeiro und in São Paulo der Fall ist.

In Rio de Janeiro weisen Fachleute darauf hin, dass anstelle der Regionen, die den weitaus größten Bedarf an Verkehrsmobilität haben – Baixada Fluminense, die Nordzone und die Vororte der Stadt sowie der Großraum Niterói – andere wenig bewohnte Gegenden bei den Investitionen bevorzugt behandelt werden, wo dadurch die Immobilienwertsteigerung vorangetrieben wird. Die die Zersiedelung nimmt immer mehr zu.

Die Stadt Rio de Janeiro will eine Metro für die kommenden 20 Jahre, und nicht nur für die 20 Tage der Olympischen Spiele. (...) Die Dringlichkeit, mit welcher die Anbindung der Südzone Zona Sul mit Barra vorangetrieben wird (...) darf nicht als Ausrede für die Errichtung von Hindernissen dafür dienen, den für die Stadt eigentlich vorgesehenen Metroplan und die vollständige Integration der ursprünglichen Linie 4 mit den Linien 1 und 2 zu verhindern. Movimento „Die Metro, die Rio braucht“.

In Fortaleza erfolgen große Investitionen in erweiterte Fahrspuren für Verkehrsbusse, aber diese Vorhaben vertreiben rund 5.000 Familien in weit außerhalb liegende Randbezirke, wo es weder angemessenen Verkehrsanschluss gibt noch ausreichende Infrastruktur.

Kapitel 7 - Öffentliche Sicherheit

Brasilien erlebt derzeit eine Verschärfung der öffentlichen Sicherheitspolitik. Die Medien verbreiten ein Gefühl von Unsicherheit und propagieren das gewaltsame Durchgreifen der Polizei. Allerdings wird zunehmend, von unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen, die sich verschärfende Militarisierung zwischen Staat und Gesellschaft angeprangert.

Mit Besorgnis beobachten Menschenrechtler die Sondereinheiten und Sonderstrukturen, die am Rande der staatlichen Sicherheitsstrukturen geschaffen werden.

2011 wurde innerhalb des Justizministeriums das Sondersekretariat für die Sicherheit von Großveranstaltungen geschaffen und mit einem eigenständigem Etat ausgestattet. Laut Staatssekretär José Ricardo Botelho de Queiroz steht die Armee für Interventionen bereit, sollte die Polizei nicht mehr in der Lage sein, Konfliktsituationen unter Kontrolle zu bringen.

Außerdem werden neue administrative Sicherheitsstrukturen geschaffen: Eine Kammer im Verwaltungskomitee der Weltmeisterschaft 2014, eine Arbeitsgruppe für die WM im Bundessekretariat für Öffentliche Sicherheit, die für die Haftung der Regierung gegenüber dem Weltfußballverband FIFA zuständig ist, und die Sonderkommission für Öffentliche Sicherheit im Justizministerium.

Das eingeführte Modell der öffentlichen Sicherheit sieht die Verzahnung aller Ebenen der öffentlichen Sicherheit des Landes durch die sogenannten „integrierten Befehls- und Kontrollzentren“ vor, um für die speziellen Erfordernisse von sportlichen Großereignissen gerüstet zu sein und die Einhaltung der gegenüber der FIFA abgegebenen Zusagen sicherzustellen.

Die Maßnahmen werden unter dem Vorwand gerechtfertigt, die Eindämmung von Krawallen zu verbessern und die Polizeipräsenz in der Umgebung von Sportstätten, Wettkampfanlagen, touristischen Gebieten und in den „Gefahrenzonen der öffentlichen Sicherheit“ zu verstärken. Die Überwachung dieser Orte wird zusätzlich intensiviert und darüber hinaus sind präventive Polizeipräsenz und polizeiliche Repressionsmaßnahmen vorgesehen.

Neben einer Verschärfung polizeilicher Sicherheit sollen nach FIFA-Vorgaben in den Stadien die Leistungen privater Sicherheitsfirmen in Anspruch genommen werden, was bereits in entsprechenden Gesetzen geregelt wurde. Warum sollte die Sicherheit in öffentlichen Räumen und Einrichtungen in die Hände von privaten Firmen gegeben werden?

Es wird befürchtet, dass dieses Modell nach den Großereignissen fortgeführt wird und nur als Vorwand dafür dient, einen Parallelstaat aufzubauen, in dem sich Sonderpolitik und Sondersicherheitsbehörden langfristig durchsetzen und der öffentlichen Kontrolle entziehen.

Unterdrückung und Kriminalisierung der Zivilgesellschaft

In Brasília wurden zwei Mitglieder des "Comitê Popular da Copa" wegen eines friedlichen Protestes während einer öffentlichen Anhörung im Senat festgenommen (sie hielten ein Banner hoch). Während der Feier zum „Countdown der letzten tausend Tage bis zur Weltmeisterschaft“ wurde die einkommensschwache Bevölkerung der Satellitenstädte Brasílias durch eine massive Polizeipräsenz von 30 Dienstwagen eingeschüchtert und mehr als 3.000 Menschen von der Polizei durchsucht.

In Rio de Janeiro kommen seit einigen Monaten die berüchtigten Einheiten der sog. Befriedungspolizei "Unidade de Polícia Pacificadora (UPP)" bevorzugt in Vierteln zum Einsatz, die sich in oder in der Nähe von touristischen Gebieten befinden: in der Nähe des Stadions Maracanã, in der Südzone Rios, der Zona Sul, und in der Nähe der Flughäfen. Obwohl der Aufbau dieser Einheiten offiziell nicht in Zusammenhang mit der Weltmeisterschaft und den Olympischen Spielen steht, dienen die Großereignisse zum Teil als Rechtfertigung und Grundlage für das aggressive Vorgehen dieser Sonderpolizeiinheit.

Die öffentliche Sicherheit wird selektiv durch die para-militärische Besetzung von armen Gebieten hergestellt, um wirtschaftlich und strategisch wichtige Gebiete zu sichern. Die Bewohner/innen klagen über repressive Polizeiaktionen, wie die Durchsuchung von Wohnungen ohne richterlichen Beschluss, erniedrigende Personenkontrollen, Ausgangssperren und Sonderregelungen, die u. a. gegen das Recht auf Bewe-

gungs-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit verstoßen. Diese Vorgehensweise bekommen viele Bewohner/innen der betroffenen Gebiete am eigenen Leib zu spüren.

Cleonice Dias, Gemeindevorsteherin der Favela "Cidade de Deus", die von einer Einheit der Befriedungspolizei bereits „befriedet“ wurde, beschwert sich: „Wir aus der Gemeinde wissen, dass die UPPs dem politischen Willen in Rio de Janeiro und in Brasilien entsprechen, Kontrolle über die benachteiligten Viertel zu erlangen. Damit soll demonstriert werden, dass es nun sicher ist, weil wir, die Armen, unter Kontrolle sind. Die Investitionen für die Großereignisse können also kommen.“

Das elitäre und repressive Modell der öffentlichen Sicherheitspolitik Rio de Janeiros wird auch in andere brasilianische Bundesländer weitergetragen, die Teile der sportlichen Großereignisse ausrichten. Salvador hat bereits eine UPP-Einheit. Curitiba hat bisher zwei eigene Einheiten der UPP (dort heißen sie "UPS-Unidade Paraná Seguro") in Gebieten aufgestellt, die als „gefährlich“ gelten. Es ist kein Zufall, dass sich das erste „befriedete“ Gebiet genau auf dem Weg zwischen Flughafen und Zentrum befindet. Die Hauptinvestitionen liegen nicht in der Sicherheit für die Bevölkerung, sondern in der Schaffung eines Schutzgürtels für die Stadien und neuer Gebiete für die Ausweitung von Immobilienflächen. Außerdem soll ein neues starkes Bild des Staates verbreitet werden, der die Kontrolle über die Kriminalität behält.

Zu dem gesamten Programm gehören Diskurse über den angeblichen Kampf gegen Drogen, der in den WM-Austragungsstädten höchst repressive Formen angenommen hat, die vor allem auf der Straße lebende und Drogenabhängige betreffen. Manchmal werden sogar die nationalen Streitkräfte eingesetzt, wie in der Gemeinde "Santo Amaro" (Rio de Janeiro) im Mai 2012. Es wurden bereits ähnliche Razzien in anderen Kommunen angekündigt und die Methode der „Zwangsinternierung“ zur landesweiten Leitlinie erhoben.

Großevent und öffentliche Sicherheit: Was ist neu daran?

Rio de Janeiro ist nicht so unerfahren mit Großveranstaltungen, wie man oft glauben machen will. Das Produkt „Rio“ ist altbekannt und zumindest der Karneval und die Silvesterfeiern an der Copacabana können für Fragen der öffentlichen Sicherheit bei Großveranstaltungen durchaus als Referenzmarke gelten. Der polizeilich-militärische Sicherheitskordon um die Favelas ging dem Massaker im Juni 2007 im Favelagebiet des Complexo do Alemão voraus und war äußerst stark von der Frage der „Sicherheit“ der Panamerikanischen Spiele in der Stadt geprägt. Das Zusammentreffen von Millionen von Menschen in einer Stadt ist kein Novum. Obendrein hat sich im Verlauf der Jahrzehnte herausgestellt, dass an Tagen mit Großveranstaltungen die Zahl der Gewalttaten deutlich niedriger lag als an normalen Tagen in der Stadt. Warum also so viel Aufhebens um die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016? Wird es bei diesen Großereignissen mehr Menschen auf den Straßen geben als beim Karneval? Wird es größere Menschenansammlungen an einem einzigen Ort geben als zu Silvester an der Copacabana oder beim Rockfestival Rock in Rio? Auf welche Weise hat die gegenwärtige Schaffung des „Sicherheitsgürtels“ der befriedenden Polizeieinheiten UPP etwas mit den in den nächsten Jahren geplanten Großveranstaltungen zu tun? Es wird auch eine Zentrale zur Video- und Sicherheitsüberwachung aufgebaut, mittels derer die Straßen, Plätze und Stadien der Stadt in einer nie dagewesenen Art und Weise beobachtet und kontrolliert werden sollen. Mit welcher Begründung?

Offenbar gibt es einen gespenstischen Grund für all diese Maßnahmen, weswegen sogar Spezialtrainings für die Polizei eingeführt werden: den internationalen Terrorismus! Die Erinnerungen an die Olympischen Spiele von München beschwören eine panische Angst herauf, die all diese Maßnahmen legitimieren soll. Selbstverständlich ist es notwendig, besondere Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen, wo große Menschenansammlungen entstehen. Wenn Stars des Showbusiness oder des Sports an Großveranstaltungen teilnehmen, werden Sicherheitsvorkehrungen getroffen, die sich im Kern nicht großartig von den Maßnahmen unterscheiden, die getroffen werden, wenn Staats- und Regierungschefs zu Gipfeltreffen in der Stadt zusammentreffen.

Der Aufmarsch des Militärs in Rio de Janeiro während der UN-Umweltkonferenz 1992 war jedoch gewissermaßen ein Sicherheits-Overkill – zudem das Militär nicht für den Umgang mit großen Menschenmengen und für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit ausgebildet ist. Die Kriminalstatistiken zeigten, dass die Stadt in jenem Zeitraum weder einen signifikanten Anstieg noch Rückgang von Straftaten aufwies, sondern vielmehr auf gleichem Niveau verblieben.

Wer verdient an der Sicherheitsindustrie, die in Vorbereitung der Großveranstaltungen derzeit floriert? Sollten die Einwohner der Stadt durch sinkende Gewalttaten davon profitieren und hielten diese Verbesserung auch nach den Spielen an, wären die einschlägigen Maßnahmen allemal zu begrüßen. Die Zukunft wird zeigen, ob der Gewinn nicht lediglich der Sicherheitsindustrie zugutekommt, einer Industrie, die vom Schüren von Unsicherheit und überbordender Terrorismusangst lebt.

**Dossier des landesweiten Zusammenschlusses der Basiskomitees zur WM
Rio de Janeiro, Juni 2012**

Mitwirkende:

André Lima Sousa – Universitätsprofessor und Comitê Popular da Copa (Fortaleza)

Andressa Caldas – Justiça Global und Comitê Popular da Copa e Olimpíadas (Rio de Janeiro)

Argemiro Ferreira de Almeida – Rede Rua (Wichtiger Partner der Stadt São Paulo)

Carlos Vainer – ETTERN/IPPUR/Universidade Federal do Rio de Janeiro und Comitê Popular da Copa e Olimpíadas (Rio de Janeiro)

Cláudia Fávoro – Architektin und Stadtplanerin, Comitê Popular da Copa (Porto Alegre)

Daniela Motisuke – ETTERN/IPPUR/Universidade Federal do Rio de Janeiro

Eduardo Baker – Justiça Global

Ercília Maia – Movimento dos Conselhos Populares und Comitê Popular da Copa (Fortaleza)

Erick Omena – Forscher des Observatório das Metrôpoles – IPPUR – UFRJ und Comitê Popular da

Copa e Olimpíadas (Rio de Janeiro)

Flávio Antônio Miranda de Souza – Universidade Federal de Pernambuco

Francisca Silvania de Souza Monte – Universidade Federal do Ceará

Giselle Tanaka – ETTERN/IPPUR/Universidade Federal do Rio de Janeiro und Comitê Popular da Copa e Olimpíadas (Rio de Janeiro)

Gustavo Mehl – Justiça Global und Comitê Popular da Copa e Olimpíadas (Rio de Janeiro)

José Antonio Moroni – INESC – Instituto de estudos socioeconomicos

José Arlindo Moura Júnior – Escritório de Direitos Humanos Frei Tito und Comitê Popular da Copa (Fortaleza)

Julia Moretti – Escritório Modelo Dom Paulo Evaristo Arns- PUC/SP

Lucia Capanema Alvares – UFF e ETTERN/IPPUR/Universidade Federal do Rio de Janeiro

Lucimar Fatima Siqueira – NGO Cidade (Porto Alegre)

Ludmila Paiva – Coletivo de Apoio Sócio-Jurídico ao Conselho Popular e Fórum Comunitário do Porto

Magnólia Said – Esplar e Comitê Popular da Copa (Fortaleza)

Maira Vannuchi – StreetNet Brasil

Marco Aurélio Figueiras Gomes – Observatório da Copa Salvador 2014, Universidade Federal da Bahia

Marcos Dionísio Medeiros Caldas – Comitê Popular COPA 2014 – Natal/RN

Maria Dulce Picanço Bentes Sobrinha – Comitê Popular COPA 2014 – Natal/RN

Maria das Neves Valentim – Comitê Popular COA 2014 – Natal/RN

Mariana Medeiros – Coletivo de Apoio Sócio-Jurídico ao Conselho Popular

Matheus da Silva Pires – Comitê Popular da Copa (Fortaleza)

Michel Misse – NECVU/IFCS/Universidade Federal do Rio de Janeiro

Natália Damazio – Coletivo de Apoio Sócio-Jurídico ao Conselho Popular

Patrícia Oliveira – Rechtsanwältin und Comitê Popular da Copa (Fortaleza)

Patrícia Rodrigues – Marcha Mundial de Mulheres

Rachel de Miranda Taveira – Escritório Modelo Dom Paulo Evaristo Arns – PUC/SP

Renata Sereno – Escritório Modelo Dom Paulo Evaristo Arns – PUC/SP

Renato Cosentino – Justiça Global und Comitê Popular da Copa e Olimpíadas (Rio de Janeiro).

Rita de Cássia Laurindo Sales – Universidade Federal do Ceará

Rosa Maria Pinheiro – Comitê Comitê Popular COPA 2014 – Natal/RN

Rosângela Mendes de Freitas – Universidade Federal do Ceará

Sérgio Baierle – ONG Cidade (Porto Alegre)

Thiago A. P. Hoshino – Magistrant des Postdoc-Programms der Rechtswissenschaften UFPR und Rechtsberater von Terra de Direitos

Thiago Pinto Barbosa – Comitê dos Atingidos pela Copa de Belo Horizonte

Unterstützung: Heinrich-Böll-Stiftung